

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Sicherheitsabkommen zwischen PNG und USA

Im Rahmen des Besuchs des US-amerikanischen Außenministers Antony Blinken am 22. Mai in der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby haben die Vertreter beider Staaten ein neues Sicherheitsabkommen unterzeichnet.

Papua-Neuguinea (PNG) werde dabei nicht als Basis für einen „Angriffskrieg“ genutzt werden, versicherte Premierminister James Marape (PANGU-Pati) nach der Unterzeichnung. Er fügte an, dass das Abkommen eine Klausel enthält, die besagt, dass der melanesische Inselstaat nicht als Ausgangspunkt für „*offensive Militäroperationen*“ genutzt werden darf. Es handle sich bei dem Abkommen nicht darum, in Papua-Neuguinea einen US-amerikanischen Militärstützpunkt einzurichten, um von hier aus einen Krieg zu beginnen, entgegnete der Premierminister den aufgebrauchten Studierenden, die lautstark vor Ort auf der Straße und in den sozialen Medien gegen das neue Abkommen protestiert hatten. Im Übrigen handle es sich bei dem Abkommen nicht um einen Vertrag im juristischen Sinne, der vom Parlament verabschiedet werden müsste, sondern um ein „Abkommen“, das keiner weiteren Zustimmung bedürfe, erläuterte der 52-jährige Marape.

Das Abkommen über die Zusammenarbeit beider Staaten soll die Verteidigungsfähigkeiten des pazifischen Inselstaates erweitern und es dem US-Militär erleichtern, gemeinsam mit den Streitkräften von Papua-Neuguinea zu trainieren, erläuterte US-Außenminister Blinken.

Die Vereinigten Staaten werden 45 Millionen Dollar an neuen Mitteln bereitstellen, um die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit PNG zu stärken. Dazu gehören Schutzausrüstungen für die PNG-Verteidigungskräfte, die Eindämmung des Klimawandels und die Bekämpfung von

grenzüberschreitender Kriminalität und HIV/Aids, so Blinken.

Marape erklärte, PNGs Militär sei das schwächste in der Region in einer Zeit großer Spannungen zwischen den Weltmächten. Die von den USA bereitgestellte Unterstützung würde auch die innere Sicherheit verbessern und mehr ausländische Investoren ermutigen, sich in dem 9-Millionen-Land niederzulassen. „*Das Abkommen wird erhebliche Infrastrukturinvestitionen in Flughäfen, Häfen, Straßen, Kommunikations- und Elektrizitätsnetze nach sich ziehen, die der Öffentlichkeit zugutekommen werden*“, sagte er, ohne jedoch Einzelheiten zu nennen.

Die protestierenden Studierenden befürchteten, dass das Abkommen PNG in einen strategischen Wettbewerb zwischen den USA und China um die militärische Vormachtstellung im Pazifik verwickeln könnte.

Australien hat das Abkommen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zwischen seinem engsten Nachbarn und den Vereinigten Staaten begrüßt.

Info: Antony Blinken und der indische Premierminister Narendra Modi waren zu einem Kurzbesuch in Port Moresby mit 14 Staats- und Regierungschefs pazifischer Inseln zusammengetroffen und hatten bei dem Gipfeltreffen (*U.S. and India-Pacific Islands Forum Meeting*) ihre Unterstützung für die Region in den Bereichen Gesundheit, Entwicklung und Klimawandel zugesagt.

Die USA und PNG schlossen außerdem ein separates Abkommen über die verstärkte Überwachung der ausschließlichen Wirtschaftszone PNGs durch Patrouillen der US-Küstenwache, um die Wirtschaft des Landes vor illegaler Fischerei zu schützen. (*The Washington Post* 22.05.23, *Reuters* 22.05.23, *The Guardian* 23.05.23)

Teuerster Strom der Welt

Laut der in Großbritannien gehosteten Webseite „Cable“ ist der Strompreis auf den Salomonen weltweit der höchste, noch vor den

Pazifikstaaten Vanuatu, den Cook-Inseln und den Föderierten Staaten von Mikronesien, die auf dem zweiten, dritten und vierten Platz der „Strompreisrangliste“ liegen.

Die im Dezember 2021 veröffentlichte Studie untersuchte 230 Länder und fand heraus, dass der Strom auf den Salomonen im Durchschnitt 1,03 \$ pro kWh kostet. Der billigste Strom der Welt kommt aus Libyen und kostet \$0,01 Cent pro kWh. Die Untersuchung ergab auch, dass der Preis in Australien bei 26 Cent pro kWh liegt.

Laut Martin Sam, dem Geschäftsführer der staatlichen Energiebehörde *Solomon Power*, sind die Ursachen für die hohen Preise „*komplex*“.

Eine Ursache sei die geografische Isoliertheit des Landes mit seinen 700.000 Einwohner*innen, die sich auf Hunderte von Inseln in einem großen Meeresgebiet verteilen.

Das andere große Problem sei die Stromquelle. „*98 Prozent der Stromerzeugung des Landes erfolgt mit Diesel*“, sagte Sam. „*Das ist die Hauptursache für die hohen Strompreise im Land*“.

Abgesehen von den immensen Kosten haben nach Angaben von Interessensgruppen nur etwa 15 bis 20 Prozent der Einwohner*innen der Salomonen Zugang zu Strom.

Für einen der Parlamentsabgeordneten der Salomonen, Peter Kenilorea, ist die mangelnde Elektrifizierung ein großes Hindernis für das Wirtschaftswachstum des Landes und „*nichts, worauf man stolz sein kann*“. Kenilorea fügte hinzu, dass „Korruption“ und ein Mangel an politischem Willen die Energiepolitik des Landes ersticken hätten.

Der Direktor der staatlichen Energieabteilung der Regierung, John Korinihona, wies jeden Vorwurf der Korruption oder des Eigeninteresses der Regierung als Ursache für die hohen Energiekosten zurück und verwies stattdessen auf eine geplante „*Tarifsenkung*“, die zur Kostensenkung beitragen soll. Nach Angaben der Regierung der Salomonen sei eine Lösung des

Problems in Sicht: Etwa 20 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Honiara soll bald das lang erwartete Wasserkraftwerksprojekt am Tina River seinen Betrieb aufnehmen. Die Durchführbarkeitsstudien für das Projekt begannen bereits im Jahr 2009. Im Jahr 2012 hoffte man noch, bis 2017 Strom erzeugen zu können.

Seitdem hat sich das Projekt, das teilweise von der australischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen wie dem *Green Climate Fund* und der *Asiatischen Entwicklungsbank* finanziert wird, weiter verzögert.

Die Regierung der Salomonen teilt nun mit, dass man hoffe, das Projekt bis 2025 oder 2026 in Betrieb nehmen zu können.

„Wenn es in Betrieb ist, wird das Wasserkraftwerk 93 Prozent des Stromnetzes von Honiara bzw. 82 Prozent aller Kraftwerke des Landes versorgen und damit die Abhängigkeit von Dieselkraftstoff in erheblichem Umfang reduzieren“, erklärte Korinihona von der staatlichen Energiebehörde.

(<https://www.cable.co.uk/energy/worldwide-pricing/>, ABC News 12.04.23)

Tiefseebergbau könnte tausende Tierarten gefährden

Die Tiefsee mitten im Pazifischen Ozean zwischen Hawai'i, Kiribati und Mexiko, wo der Meeresboden etwa 4.000 bis 6.000 Meter tief ist, gilt als potenziell größtes Bergbaugbiet der Welt. Ein Forschungsteam hat nun in dieser sogenannten „Clarion-Clipperton-Zone“ untersucht, wie es um das Leben in der Tiefsee bestellt ist. Dabei entdeckte das Team eine überraschend große Anzahl von Tiefseelebewesen.

Die Wissenschaftler*innen fanden 5.578 Tierarten. 92 Prozent dieser Arten seien bislang unbeschrieben, berichtet das Team um Autorin Muriel Rabone, Tiefseeökologin am *Natural History Museum* in London, im Fachmagazin „*Current Biology*“.

Die Gruppe hat eine Bestandsaufnahme der Tiefsee in der Clarion-Clipperton-Zone gemacht und dabei mehr als 100.000 Datensätze

aus sieben Quellen über die dortigen Lebewesen ausgewertet. Die Bestandsaufnahme der Meeresbodenfauna umfasst insgesamt 27 Stämme, 49 Klassen, 163 Ordnungen, 501 Familien und 1119 Gattungen. Bis auf Ebene der einzelnen Art wurden bislang nur 436 der Tiefseebewohner beschrieben. Viele von ihnen dürften ausschließlich in diesem Teil des östlichen Pazifiks leben. Die meisten der erfassten Arten sind demnach Gliederfüßer wie Garnelen oder Krebse. Aber auch Würmer und Stachelhäuter wie Seeigel und Schwämme sind vertreten.

Die Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass bis zu 8.000 Arten in der Tiefsee leben könnten, von denen 88 % bis 92 % noch nie beschrieben wurden. In ihrem Artikel in der „*Current Biology*“ schlussfolgern sie: „Die Schätzungen des Artenreichtums werden wahrscheinlich mit der Verbesserung der Datenlage zunehmen.“

Info: Die Clarion-Clipperton-Zone verfügt über eine Fläche von rund sechs Millionen Quadratkilometern. Die Bodenschätze dort (z.B. Mangan, Kobalt und Nickel) sind wichtige Rohstoffe, mit denen etwa Batterien für Elektroautos hergestellt werden.

Die Mineralien dürfen zwar nicht außerhalb nationaler Hoheitsgebiete abgebaut werden. Unternehmen ist es aber erlaubt, solche Gebiete auf Bodenschätze zu erkunden. Für ein Sechstel des Meeresbodens der Clarion-Clipperton-Zone hat die *Internationale Meeresbodenbehörde* (International Seabed Authority, ISA) sogenannte Erkundungslizenzen erteilt. Anträge auf kommerziellen Tiefseebergbau prüft die ISA noch in diesem Jahr.

(*Spiegel Wissenschaft* 26.05.23, [https://www.cell.com/current-biology/fulltext/S0960-9822\(23\)00534-1](https://www.cell.com/current-biology/fulltext/S0960-9822(23)00534-1))

Zusammenarbeit mit National Geographic Society

Die „*Marshall Islands Marine Resources Authority*“ (MIMRA) unter Leitung von Direktor Glen Joseph wird künftig mit dem „Pristine Seas Program“ der *National Geographic Society* zusammenarbeiten. Ziel ist die Erforschung der Tiefsee vor

den unbewohnten Atollen Bikar und Bokak in den nördlichen Marshall-Inseln. Dazu wird das Forschungsschiff von *National Geographic* die isoliert gelegenen Atolle aufsuchen und hier Tauchgänge in der Tiefsee vornehmen. Die Gewässer rund um die Atolle gelten als besonders artenreich und weisen eine hohe Hai-Dichte auf.

Die MIMRA hatte bereits 2019 eine Expedition zu den beiden Atollen durchgeführt, konnte aber mangels Materials und technischer Möglichkeiten nicht so detaillierte wissenschaftliche Studien durchführen wie das ein Expert*innenteam an Bord eines gut ausgerüsteten Forschungsschiffes kann.

MIMRA-Chef Joseph betonte, einige Mitarbeitenden der MIMRA seien mit an Bord, da es sich um ein gemeinsames Forschungsprojekt handle. Insgesamt werden 17 Wissenschaftler an Bord des Schiffes sein, um unterschiedliche Proben zu nehmen und Experimente an Bord und im Wasser durchzuführen.

Info: Die jetzige „Pazifik-Expedition“ innerhalb des „Pristine Seas Program“ ist auf fünf Jahre angelegt. Das Forschungsschiff verlässt im Juli Pape'ete (Französisch-Polynesien) und steuert die Marshall-Inseln an. Von dort aus geht es dann weiter nach Palau. Ausgewählt für das vor 15 Jahren begonnene Programm wurden vor allem Regionen im Pazifik, die noch nicht so oft wissenschaftlich untersucht wurden, weil sie extrem isoliert liegen und unbewohnt sind.

Seit 2008 hat die *National Geographic Society* 38 Forschungsreisen durchgeführt und damit geholfen, weltweit 26 Meeresschutzgebiete einzurichten. Dabei hat *National Geographic* mit 122 verschiedenen Organisationen und Behörden in 23 Ländern und Gebieten zusammengearbeitet und immer die Zustimmung und Unterstützung von Staats- und Regierungschefs, Wirtschaftsführern, Nichtregierungsorganisationen, lokalen Regierungen und Gemeinden gesucht.

(*Marshall Islands Journal* 02.06.23, <https://www.nationalgeographic.org/projects/pristine-seas/what-were-doing/>)

ADB stellt Millionen für Katastrophenhilfe bereit

Die „Asiatische Entwicklungsbank“ (ADB) hat 38 Millionen US-Dollar für die Katastrophenhilfe bewilligt, um Kiribati, Samoa, die Salomonen und Tonga bei der Bewältigung von Katastrophen zu unterstützen, die durch Naturkatastrophen und Gesundheitsnotfälle ausgelöst wurden.

Die Unterstützung stammt aus der vierten Phase des „Pacific Disaster Resilience Program“ und sieht für Kiribati einen Zuschuss von acht Mio. USD, für Samoa einen Zuschuss von zehn Mio. USD, für die Salomonen einen Zuschuss von fünf Mio. USD und ein Darlehen in Höhe von fünf Mio. USD sowie für Tonga einen Zuschuss von zehn Mio. USD vor.

Alle vier Pazifikstaaten haben große Fortschritte beim Aufbau der Widerstandsfähigkeit ihrer Institutionen gegenüber Naturkatastrophen gemacht, hieß es seitens der ADB.

„Das Pacific Disaster Resilience Program wird den teilnehmenden Ländern schnell auszahlbare, flexible Budgethilfen für dringende frühzeitige Nothilfe nach Katastrophen anbieten“, erklärte die ADB-Generaldirektorin für den Pazifikraum, Leah Gutierrez.

Kiribati, Samoa, die Salomonen und Tonga sind besonders anfällig für die Auswirkungen von Naturkatastrophen und gesundheitlichen Notfällen. Die Unterstützung der ADB für den pazifischen Raum im Rahmen früherer Phasen des Programms hat bisher bereits dazu beigetragen, die politischen, legislativen und institutionellen Vorkehrungen für den Umgang mit Klima- und Katastrophenrisiken - einschließlich gesundheitlicher Notfälle wie zuletzt der Corona-Pandemie - zu stärken.

Hintergrund: Das Projekt wird durch ein konzessionäres Darlehen in Höhe von fünf Millionen US-Dollar aus den Kapitalressourcen der ADB und einen Zuschuss in Höhe von 33 Millionen US-Dollar aus dem Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF) finanziert. Der ADF stellt Zuschüsse für die ärmsten

und am meisten gefährdeten Entwicklungsländer der ADB bereit. (Pressemitteilung ADB 07.03.23)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Außenminister zurückgetreten

Der Außenminister von Papua-Neuguinea, Justin Wayne Tkatchenko, ist nach einer Kontroverse über die Höhe der Reisekosten für die offizielle Delegation des Landes bei der Krönung des britischen König Charles III. in London am 6. Mai zurückgetreten.

Tkatchenko und seine älteste Tochter Savannah waren in die Kritik geraten, weil sie mit einer übergroßen Delegation zur Krönung von König Charles gereist waren, was den Staat fast 4.3 Millionen Kina (ca. 1,44 Mio. US-\$) gekostet hatte, wie die englischsprachige Lokalzeitung *Post-Courier* herausfand. Tkatchenkos Tochter Savannah, die ihren Vater auf der Reise anstelle ihrer Mutter begleitete, hatte die Reise nach England auf der Internet-Plattform *TikTok* dokumentiert und sich beim Einkaufsbummel in Luxusmodegeschäften in Singapur sowie beim Essen in der Ersten-Klasse-Lounge im Flugzeug gefilmt. Die in Queensland in Australien lebende Ministertochter – ihr Vater stammt ursprünglich aus Melbourne – hatte mit ihren Social-Media-Posts den öffentlichen Zorn auf sich gezogen. Nach der öffentlichen Kritik löschte die Tochter ihren Beitrag auf *TikTok*.

Bill Toraso, der leitende Beamte des Generalgouverneurs von Papua-Neuguinea, dementierte Berichte, wonach das Büro des Generalgouverneurs für die Reise nach London drei Millionen Kina (rund 755.000 Euro) ausgegeben habe. Zehn Mitarbeiter des Büros seien aber zusätzlich zu den zehn offiziellen Gästen nach London gereist. Zwei Beamte des Außenministeriums begleiteten Tkatchenko, der

von Premierminister James Marape gebeten worden war, Papua-Neuguinea an seiner statt zu vertreten. Die insgesamt dreißigköpfige Delegation wurde von Generalgouverneur Bob Bofeng Dadae angeführt. Die Mitglieder der Delegation erhielten jeweils 50.000 Kina (rund 7.500 Euro), um die persönlichen Kosten für Hotel und Flugtickets zu decken. Dies löste in Papua-Neuguinea Verärgerung aus, da viele Menschen der Meinung waren, dass diese öffentlichen Gelder besser für die Grundversorgung der Bevölkerung ausgegeben worden wären.

Tkatchenko war daraufhin nach Rücksprache mit Premierminister James Marape von seinem Amt zurückgetreten.

Vorübergehend übernimmt Premier Marape die Amtsgeschäfte des Außenministers. Tkatchenko behält vorerst sein Parlamentsmandat für den Bezirk Morobe-South. (*Der Standard Österreich* 12.05.23, *ABC Australia* 12.05.23, *BBC News* 13.05.23, *Post-Courier* 12.-15.05.23)

Taiwans Ausstieg aus Kernenergie eröffnet Chancen für LNG-Exporte

Papua-Neuguinea (PNG) ist bereit, Taiwan mit seinem verflüssigten Erdgas (*liquefied natural gas*, LNG) zu beliefern, wenn Taiwan seine Kernkraftwerke bis Ende 2025 abstellen wird. Das verlautete aus gut unterrichteten Kreisen.

Nach Angaben von Ben Wang, dem Vertreter des Taipeh-Wirtschafts- und Kulturbüros in Port Moresby, sollte „PNG jetzt die Gelegenheit nutzen, um ein wichtiger LNG- und Rohstofflieferant für Taiwan zu werden“. Gerade in der Übergangszeit vor dem Abstellen der Kernkraftwerke könne sich PNG als zuverlässiger Rohstoffpartner für Taiwan positionieren und sich als guter Zulieferer von Flüssigerdgas auf dem Markt positionieren.

Info: Taiwan ist PNGs viertgrößter Exportmarkt und fünftgrößter Handelspartner, mit einem Handelsvolumen von mehr als 1,4 Milliarden US-\$ (4,9 Kina) im Jahr 2022.

Papua-Neuguinea betreibt derzeit das 19 Mrd. US-\$ (67 Mrd. Kina) teure *PNG-LNG-Projekt* auf den Gasfeldern in Hides, Angore und Juha (Highlands Province). Das 10 Mrd. US-\$ (35 Mrd. Kina) teure *Papua-LNG-Projekt* wird voraussichtlich 2027 die Produktion aufnehmen, gefolgt von P'nyang LNG und dem Pasca A Öl- und Gasprojekt.

Die Nachfrage nach LNG wächst weltweit, insbesondere auf den asiatischen Märkten, so ein Sprecher von *TotalEnergies Limited*, dem Entwickler des Papua-LNG-Projekts. (*PNG Business News* 27.03.23)

Engere Zusammenarbeit mit Korea vereinbart

Der Premierminister von Papua-Neuguinea, James Marape, hat am Rande des ersten Gipfeltreffens zwischen Korea und den Pazifischen Inselstaaten am 28. Mai in Seoul intensive Gespräche mit dem Präsidenten der Republik Korea, Yoon Suk Yeol, geführt.

Der Premierminister wurde von dem Minister für internationalen Handel und Investitionen, Richard Maru, dem Vizeminister für Finanzen und Umsetzung, John Boito, und dem Vizeminister für das Schatzamt, Solen Loifa, begleitet. Auf koreanischer Seite nahmen Präsident Yoon Suk Yeol, der koreanische Premierminister Duck-soo Han und der Außenminister Park Jin an dem Treffen teil.

Zu Beginn des bilateralen Treffens würdigte Premierminister Marape die Republik Korea als einen der wichtigsten Handelspartner Papua-Neuguineas.

Korea und Papua-Neuguinea unterhielten bereits seit 1976 stabile bilaterale Beziehungen, so der Premier. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern beläuft sich derzeit auf 1,8 Mrd. US-Dollar.

Gesprächsthemen waren u.a. die Zusage der koreanischen Exim-Bank, die Wewak- und Vanimo-Werften zu finanzieren, sowie die Soft-Lending-Fazilitäten der Exim-Bank, die Papua-Neuguinea über eine Kreditlinie in Anspruch nehmen kann. Außerdem ging es da-

rum, wie koreanische Technologie und wirtschaftliches Know-how genutzt werden können, um die verarbeitende Industrie in den Sonderwirtschaftszonen des Landes weiter zu unterstützen.

Zum Abschluss des Treffens sprach Premierminister Marape eine offizielle Einladung an Präsident Yoon Suk Yeol aus, Papua-Neuguinea zu einem für beide Seiten günstigen Zeitpunkt zu besuchen. (<https://www.pngfacts.com/news/png-pm-marape-meets-with-president-of-republic-of-korea>)

Malaysische Investoren eingeladen

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat beschlossen, den Export von Rundholz bis 2025 zu verbieten.

Der Minister für internationalen Handel und Investitionen, Richard Maru, teilte dies dem stellvertretenden Minister für Investitionen, Handel und Industrie von Malaysia, Liew Chin Tong, am Rande des APEC-Handelsministertreffens in Detroit (USA) Ende Mai mit.

Maru lud malaysische Investoren aus dem Forstwirtschaftssektor nach Papua-Neuguinea ein, um sich vor Ort darüber zu informieren, welche anderen Exportprodukte außer Rundholz für Malaysia interessant sein könnten. Er denke z.B. an Investitionen in die Rinderzucht, in Palmölplantagen und in Kokosnussölraffinerien, erklärte Maru. So sollen noch in diesem Jahr zwei neue Kokosnussölraffinerien in Madang und Kokopo gebaut werden.

„Die Regierung unter Premier Marape bemüht sich künftig darum, alle landwirtschaftlichen Rohstoffe in nachgelagerten Produktionsstufen zu produzieren und Rohstoffe zu Endprodukten weiterzuverarbeiten, um den eigenen Bedarf vor Ort zu decken und den Überschuss in andere Länder zu exportieren“, erklärte Minister Maru die neue Exportpolitik der Regierung. (*LOOP PNG* 29.05.23)

PNG wenig attraktiv für Investitionen im Bergbau

Papua-Neuguinea (PNG) gehört laut der kürzlich vom *Fraser Institute*, einer unabhängigen, unparteiischen kanadischen Denkfabrik, veröffentlichten jährlichen Umfrage unter internationalen Bergbauunternehmen zu den weltweit am wenigsten attraktiven Ländern für Investitionen in den Bergbau.

In der globalen Umfrage wurde untersucht, wie sich die Ausstattung mit Mineralien und politische Faktoren wie Besteuerung und regulatorische Unsicherheit auf Investitionen in die Exploration von Rohstoffen auswirken. Die schriftliche Umfrage wurde zwischen dem 23. August und dem 30. Dezember 2022 elektronisch an etwa 1.966 Manager, Konzernchefs und Führungskräfte aus der weltweiten Bergbauindustrie versandt.

Der Präsident der *PNG Chamber of Mines and Petroleum*, Anthony Smaré, forderte aufgrund der schlechten Umfrageergebnisse einen dringenden Dialog mit der nationalen Regierung und allen Interessensgruppen, um die Verschlechterung des internationalen Ansehens von PNG zu beheben. „Wenn wir wollen, dass dieser Industriezweig eine Zukunft hat und weiterhin Arbeitsplätze, Geschäftsmöglichkeiten, Lizenzgebühren, Dividenden, Steuern und andere Vorteile für künftige Generationen bietet, ist es zwingend erforderlich, dass alle Beteiligten diese schlechten Umfrageergebnisse zur Kenntnis nehmen und entsprechend darauf reagieren“, forderte Smaré energisch.

Info: Die globale Bergbaumfrage des Fraser-Instituts ist der umfassendste Bericht über eine Regierungspolitik, die Bergbauinvestoren entweder anzieht oder abschreckt. Der diesjährige Bericht bewertet 62 Länder auf der ganzen Welt nach ihrer geologischen Attraktivität (Mineralien und Metalle) und nach der Regierungspolitik, die Explorationen und Investitionen fördert oder behindert. PNG befindet sich sowohl bei der Investitionsattraktivität als auch bei der Wahrnehmung der Politik auf den letzten sieben Plät-

zen.
Im Jahr 2018 belegte PNG den 41. Platz von 83 Ländern im Investitionsattraktivitätsindex und ist 2023 auf den 54. von 62 Ländern abgerutscht. Beim Index für die Wahrnehmung der Politik rutschte PNG vom Platz 61 im Jahr 2018 auf Platz 57 ab.

Diese Verschlechterung der Platzierung spiegelt sich in dem deutlichen Rückgang der Explorationsaktivität in Papua-Neuguinea in den letzten zehn Jahren wider. Die Aufzeichnungen der staatlichen *Mineral Resources Authority* (MRA) zeigen einen stetigen Rückgang der Zahl der erteilten Explorationslizenzen seit dem Jahr 2012.

Australien ist nach wie vor die attraktivste Region der Welt für Bergbauinvestitionen. Westaustralien (2. Platz), das Northern Territory (6. Platz) und Südaustralien (9. Platz) sind in der diesjährigen Umfrage unter den Top 10 des Investitionsattraktivitätsindex zu finden. Simbabwe ist das für Investitionen am wenigsten attraktive Land der Welt, PNG liegt nur leicht darüber.

Die Umfrage kann **hier** eingesehen werden:

(<https://www.fraserinstitute.org/studies/annual-survey-of-mining-companies-2022>, *PNG Business News* 18.05.23)

37 neue Azubis bei Ok Tedi

37 neue Lehrlinge haben sich dem Ausbildungsprogramm des Bergbaukonzerns „Ok Tedi Mining Limited“ (OTML) angeschlossen, womit sich die Gesamtzahl der Lehrlinge, die das vierjährige Ausbildungsprogramm derzeit durchlaufen, auf 73 erhöht.

Die Azubis für das erste Lehrjahr unterzeichneten am 16. Mai in Tabubil (Western Province) ihre Ausbildungsverträge mit OTML und dem firmeneigenen *National Apprenticeship Trade Testing Board* (NATTB).

Unter den 37 Azubis sind 19 Männer und 18 Frauen, die in verschiedenen Berufen ausgebildet werden, darunter Autoelektrik, Schreinerei, Möbeltischlerei, Installateur für schwere Geräte, Instandhaltung und maschinelle Bearbeitung, Me-

tallverarbeitung, Klempner sowie Kälte- und Klimatechnik.

Ausbildungsleiter Mark Stone begrüßte die neuen Lehrlinge vor Ort in der Ok Tedi Mine und schwor sie auf die drei Grundpfeiler des Unternehmens ein: Sicherheit, Integrität und Teamwork.

Die NATTB-Beauftragte Lyn Kila appellierte an die neuen Mitarbeitenden, die Chance bei OTML zu ergreifen und ihr Bestes zu geben, um das Trainingsprogramm erfolgreich abzuschließen.

Info: Seit 1989 haben insgesamt 1.093 Lehrlinge das *OTML Apprenticeship Training Program* erfolgreich durchlaufen. (<https://oktedi.com/37-apprentices-sign-indenture-with-ok-tedi-and-natbt/>)

„Vogelkacke“- Frosch unter fünf neuen Arten klassifiziert

Kürzlich haben Wissenschaftler*innen der Museen von Queensland und South Australia sowie der *Griffith University* fünf in Papua-Neuguinea neu entdeckte Froscharten beschrieben und ihre Ergebnisse in der Zeitschrift „*Zootaxa*“ veröffentlicht. Die „*Zootaxa*“ ist ein internationales Fachmagazin für zoologische Taxonomie. Es wird seit Mai 2001 nahezu täglich sowohl online als auch in gedruckter Form in englischer Sprache produziert und von *Magnolia Press* in Auckland (Neuseeland) publiziert.

Die fünf neu klassifizierten Arten gehören alle zur Gattung *Littoria* und sind Kletterfrösche. Die überwiegende Mehrheit der *Littoria*-Arten hat erweiterte Zehen- und Fingerballen.

Eine Art scheint die Nachahmung von Vogelkot entwickelt zu haben, ändert aber ihre Farbe, wenn sie ausgewachsen ist. Zwei Arten kleben ihre Eier an Bäume und Blätter, die dann als Kaulquappen ins Wasser fallen.

Der Hauptautor der Studie, Steven Richards, ein ehrenamtlicher Forscher des Südaustralischen Museums, hat die letzten 30 Jahre damit verbracht, die neuen Exemplare in der Golfprovinz und im Hochland von Neuguinea zu sammeln. „Pa-

pua-Neuguinea ist spektakulär schön und sehr zerklüftet, so dass es schwierig ist, an viele dieser Fundorte zu gelangen - das hat definitiv seine Tücken“, sagte Dr. Richards.

Der Mitautor der Studie, Paul Oliver vom Queensland Museum, erklärte, dass es in PNG zwischen 530 und 540 bekannte und beschriebene Froscharten gibt, aber noch viel mehr, die noch nicht wissenschaftlich klassifiziert wurden. „*Wir gehen davon aus, dass es weit über 700 Froscharten gibt, das ist mehr als in jedem anderen tropischen Inselgebiet der Welt*“, sagte Dr. Oliver. (*ABC Science* 13.04.23, <https://www.mapress.com/zt/>)

Bankschecks werden abgeschafft

Die Behörden in Papua-Neuguinea kündigten an, dass das Land bis zum Jahresende Schecks für größere Unternehmen des Privatsektors abschaffen wird. Die Zentralbank (*Central Bank of Papua New Guinea*) erklärte, man wolle damit eine billigere und schnellere Zahlungsabwicklung ermöglichen. Sie wies auch auf das höhere Betrugsrisiko hin, das Schecks mit sich bringen. Die Bank von Papua-Neuguinea erklärte jedoch, dass die Regierungsbehörden weiterhin Zahlungen per Scheck vornehmen werden können. (*Pressemitteilung Central Bank* 06.04.23)

BOUGAINVILLE

Rio Tinto droht Klage von Panguna-Landbesitzern

Sieben Jahre, nachdem Rio Tinto seine Mehrheitsbeteiligung an der Panguna-Gold- und Kupfermine auf der Insel Bougainville an die Regierungen von Papua-Neuguinea und Bougainville übertragen hat und 25 Jahre nach dem Ende des blutigen Bürgerkriegs mit seinen rund 20.000 Opfern wollen die Landbesitzer*innen von Panguna den britisch-australischen Bergbaukonzern vor einem Londoner Gericht auf erlittene Umweltschäden verklagen.

Deshalb haben sie Ende April 2023 den australischen Menschenrechts- und Sammelklagenanwalt Stewart Levitt beauftragt, sie in einem möglichen Rechtsstreit vor Gericht zu vertreten.

Die Landeigner*innen aus Bougainville wollen für ihre Klage einen Präzedenzfall nutzen, der durch die BHP-Katastrophe am Samarco-Damm in Brasilien 2015 geschaffen wurde. Letztes Jahr gab ein britisches Gericht rund 200.000 Brasilianern die Erlaubnis, in London eine Sammelklage in Höhe von 8,8 Milliarden Dollar gegen das Rohstoff- und Bergbauunternehmen *BHP-Billiton* einzureichen, da das brasilianische Rechtssystem für einen globalen (und in Großbritannien notierten) Bergbaugiganten möglicherweise nicht geeignet ist.

Levitt, ein in Sydney ansässiger Prozessanwalt, war Anfang April in Arawa, um sich mit den Landbesitzern in der Panguna-Angelegenheit zu treffen. Der bekannte Anwalt beabsichtigt, Rio Tinto wegen „*erlittener Personenschäden, generationenübergreifender Traumata, Sachschäden und jeglicher Verletzung der Menschenrechte*“ zu verklagen. Levitt hat sich bisher selbst finanziert, rechnet aber nicht mit Schwierigkeiten, einen Prozessfinanzierer zu finden. Die Gespräche mit einem potenziellen britischen Rechtspartner sind offenbar weit fortgeschritten.

Hintergrund: Im Jahr 2020 hatten 156 Einwohner*innen von Bougainville in Zusammenarbeit mit dem in Melbourne ansässigen *Human Rights Law Centre* eine Klage gegen *Rio Tinto* bei einer Abteilung des australischen Finanzministeriums eingereicht. Ein Jahr später erklärte sich Rio Tinto bereit, eine Bewertung der „*tatsächlichen und potenziellen Umwelt- und Menschenrechtsauswirkungen der Mine*“ zu finanzieren. Die erste Phase dieser Prüfung begann im vergangenen Dezember.

Das *Human Rights Law Centre* hat mit der Ernennung von Levitt nichts zu tun und etwaige daraus resultierende Klagen würden sich vermutlich mit der Menschenrechtsuntersuchung überschneiden. (*Financial Review* 24.04.23, <https://www.hrlc.org.au/>)

Studierende verschenken Bücher

Um die Alphabetisierungsrate in der autonomen Region Bougainville zu erhöhen, haben die aus Bougainville gebürtigen Studierenden an der Universität von Papua-Neuguinea Bücher an Schulen in den drei Regionen der Provinz gespendet.

Insgesamt wurden 66 Kartons mit Büchern an die Schulen gespendet, darunter Lehr- und Lernmaterialien, Wörterbücher, Enzyklopädien, Phonetikbücher, Romane und Sach- sowie Lehrbücher.

Die Bücheraktion war eine Initiative der im Jahr 2022 gegründeten „*UPNG Bougainville Students Association*“ (UPNGBSA).

Nach Angaben des Präsidenten der UPNGBSA, Graham Sive, wurden die Bücher den Studierenden durch Spenden von Unternehmen zur Verfügung gestellt. Als Großspender taten sich *Bougainville Copper* (BCL) und *Buk Bilong Pikinini* (Bank of the South Pacific) hervor. BCL half auch bei der Verschiffung der Bücher von Festland-PNG nach Buka.

Ursprünglich waren nur drei Schulen für die Bücherlieferung vorgesehen, doch aufgrund der großen Anzahl an Bücherspenden von Unternehmen und Privatpersonen musste die Anzahl der Schulen auf 13 in den drei Provinzen Nord-, Zentral- und Süd-Bougainville erweitert werden. Die meisten Schulen lagen dabei außerhalb der größeren Städte. (*Post-Courier* 10.02.23)

Hohe Verluste bei Bougainville Copper

Die australische Kupfer-, Gold- und Silber-Bergwerksgesellschaft *Bougainville Copper Ltd.* (BCL) in Papua-Neuguinea verzeichnete im Jahr 2022 einen Verlust von etwa 6,9 Millionen Kina, verglichen mit 6,1 Millionen Kina im Vorjahr. Das gab Sir Melchior Togolo während der Jahreshauptversammlung des Unternehmens Anfang Mai in Port Moresby bekannt.

„*Bougainville Copper verfügt über ein konsolidiertes Nettovermögen in Höhe von 98 Millionen Kina, ver-*

glichen mit 128 Millionen Kina im Vorjahr“, sagte er.

Das Unternehmen verfüge jedoch noch über ausreichende Mittel, um die geplanten laufenden Ausgaben bis Ende 2023 zu decken und bleibe weiterhin schuldenfrei, erklärte Togolo, der Vorsitzende von BCL.

Das Finanzvermögen von BCL besteht aus Bargeld und australischen Aktien.

Auf der Jahreshauptversammlung erwartete die Anteilseigner*innen eine große Überraschung. Togolo kündigte an, dass die Regierung von Papua-Neuguinea ihren Anteil von 36,4 Prozent an dem Unternehmen kostenlos an die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) übertragen werde.

„*Zusätzlich zu den 36,4 Prozent, die die ABG bereits besitzt, erhöht sich damit der Anteil der autonomen Regierung von Bougainville an Bougainville Copper auf 72,8 Prozent*“, erklärte er. Dies sei das erste Mal in der 55-jährigen Firmengeschichte von BCL, dass das Unternehmen sich nun mehrheitlich im Besitz der Regierung und der Bevölkerung von Bougainville befinde, zeigte sich der Vorsitzende begeistert.

Info: BCL gehört die Panguna-Mine, für die derzeit noch ein Abbaumoratorium besteht. In Bougainville wird seit Jahren über die Wiedereröffnung dieser Tagebauminen diskutiert. Lokale Politiker würden eine Wiedereröffnung der Mine zwar begrüßen, hegen aber gegen ausländische Investoren aufgrund von deren vergangenen Fehlern wie Umweltzerstörung und politische Einflussnahme großes Misstrauen. Der Wert der Rohstoffreserven in der Mine wird von Experten auf 60 Milliarden US-Dollar geschätzt. (*Pacific Mining Watch* 06.05.23, *Wikipedia*)

Mama Bank für Buka

Die *Women's Micro Bank Ltd* (kurz: *Mama Bank*) will in Zusammenarbeit mit dem Parlamentsmitglied für Bougainville, Peter Tsiamalili Jnr, eine Mama Bank-Vertretung in Buka Town (Insel Buka, Bougainville) gründen. Ziel der Gründung ist es, den Menschen (vor allem den Frauen) vor Ort einen einfachen

Zugang zu Finanzdienstleistungen und Krediten zu ermöglichen, um die wirtschaftlichen Pläne der Autonomen Republik Bougainville (AROB) zur Förderung des Unternehmertums in der Region zu unterstützen.

Für den Aufbau einer Filiale hat die AROB bereits zwei Millionen Kina zur Verfügung gestellt. Parlamentsmitglied Tsiamalili erklärte, die Eröffnung einer Mama Bank-Filiale vor Ort ermögliche es den Menschen, Kleinstkredite aufzunehmen, ihre Einnahmen auf Sparkonten anzulegen und finanziell unabhängiger zu werden. Die AROB-Regierung und die Mama Bank seien bereit, die Bereitstellung von Krediten für Kreditnehmer*innen direkt oder über verschiedene verfügbare Anbieter zu gewähren. Dazu gehörten auch Landwirte und Fischer, die nicht in der Lage seien, Sicherheiten in der Art oder Höhe zu stellen, die die Banken im Rahmen einer normalen Geschäftstätigkeit verlangen würden.

Der Vorstandsvorsitzende der Mama Bank, Gunanidhi Das, dankte Minister Tsiamalili Jnr und der AROB-Regierung für die Investition in eine neue Bankfiliale in der Stadt Buka. Damit gewönne gerade Kleinunternehmer*innen ein Stück wirtschaftliche Freiheit, so der Bankchef. (*The National* 23.05.23)

SALOMONEN

Frauenbeauftragte pazifischer Staaten suchen nach Lösungen

Die Regierung der Salomonen hat vom 21. bis zum 25. Mai 2023 Frauenbeauftragte aus 13 pazifischen Inselstaaten zu einem regionalen Erfahrungsaustausch eingeladen. Es handelte sich um den ersten Gipfel dieser Art in Ozeanien.

Zu dem „Regional Directors of Women Learning Exchange“-Workshop waren die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten aus den Cook-Inseln, den Föderierten Staaten von Mikronesien, Fidschi, Kiribati, Nauru, Niue, Palau, den Marshall-Inseln, Samoa, Tokelau, Tonga, Tuvalu und Vanuatu in der

Hauptstadt Honiara zusammengekommen, um sich schwerpunktmäßig darüber auszutauschen, wie die Zivilgesellschaft und die Regierungen mit den Opfern von *Gender-based violence* umgehen können und welche Lösungsansätze es bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen geben könnte. Als Fallstudie und Beispiel diente den Frauen dabei der Umgang der Salomonen mit Gewaltopfern und die Zusammenarbeit der Regierung mit der lokalen Organisation SAFENET, dem nationalen sektorübergreifenden Dienstleistungssystem der Salomonen für geschlechtsspezifische Gewalt.

„Das Thema dieses Lernaustauschs für Frauenbeauftragte lautet 'Die Sicherheit von Frauen und Mädchen im Pazifik in den Mittelpunkt stellen'. Das ist der Kern der Arbeit von SAFENET - sie ist auf die Überlebenden ausgerichtet, d.h. die Überlebende von Gewalt wählt den Dienst aus, den sie in Anspruch nehmen möchte und sie wird bei jedem Schritt auf ihrem Weg unterstützt und kann problemlos mit verschiedenen Diensten in Verbindung treten. Wir freuen uns darauf, mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Region darüber zu sprechen, wie dies in der Praxis aussieht - sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Provinzebene“, erklärte Dr. Cedric Apendava, die salomonische Staatssekretärin für Frauen, Jugend, Kinder und Familienangelegenheiten das Ziel des mehrtägigen Frauentreffens, zu dem ihr Ministerium eingeladen hatte.

Im Rahmen des Treffens hat Apendava auch Anerkennungsurkunden übergeben an die frisch ausgebildeten neuen Beraterinnen für häusliche Gewalt, zu deren Ausbildung und Einsatz sich die Salomonen im Familienschutzgesetz von 2014 verpflichtet hatten.

Die Delegierten vereinbarten u.a. eine stärkere überregionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie eine konzertierte Aktion zur Verschärfung bereits bestehender lokaler Gesetze. (*Pressemitteilung UN Women* 23.05.23)

Neue Sauerstoffanlage eingeweiht

Das Ministerium für Gesundheit und medizinische Dienste der Salomonen hat Mitte Mai mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Europäischen Union (EU) im *National Referral Hospital* (NRH) eine neue Sauerstoffanlage in Betrieb genommen. Die Sauerstoffanlage wird den Zugang des Inselstaates zu lebensrettendem medizinischem Sauerstoff verbessern, indem sie täglich rund 500.000 Liter medizinischen Sauerstoff produziert. Mit dieser Menge an produziertem Sauerstoff wird die Sauerstoffanlage in der Lage sein, etwa 25 Patient*innen mit schwerer und kritischer Lungenentzündung ununterbrochen mit Sauerstoff zu versorgen. Nach Angaben des Krankenhauspersonals sollte diese Menge ausreichen, um den landesweiten Bedarf an Sauerstoff zu decken.

Die Sauerstoffanlage wurde von Vertreter*innen der WHO und der EU im Rahmen einer Feierstunde an das Ministerium übergeben. An der festlichen Veranstaltung im Krankenhaus nahmen der Gesundheitsminister der Salomonen, Dr. Culwick Togamana, die Staatssekretärin für Gesundheit, Pauline McNeil, Jose Legarra, der Programmleiter der Delegation der Europäischen Union für den Pazifik, und der WHO-Vertreter auf den Salomonen, Dr. Howard Sobel, teil.

Gesundheitsminister Togamana zeigte sich begeistert ob der neuen Anlage, da sie dem Staat viel Geld spare: *„Bis zur Inbetriebnahme der Anlage war das Ministerium bei der Beschaffung von Sauerstoffflaschen vollständig von einem privaten Unternehmen abhängig, dem einzigen Anbieter von Sauerstoff im Land. Wir hatten also keine andere Wahl, als deren Gebühren zu akzeptieren, was im Laufe der Jahre erhebliche Kosten in Millionenhöhe verursacht hat“,* so Dr. Togamana.

Info: Die Salomonen sind nach Vanuatu und Tonga das dritte Pazifikland, das im Rahmen der WHO-Initiative für den Zugang zu Sauerstoff eine neue Sauerstoffanlage in Betrieb genommen hat. Die WHO

und die EU haben insgesamt 1,2 Mio. US-Dollar in die Initiative auf den Salomonen investiert, um die Bemühungen des Ministeriums für Gesundheit und medizinische Dienste zu ergänzen. Darin enthalten sind die Kosten für Herstellung, Transport und Beschaffung von Ersatzteilen und Sauerstoffflaschen. (Pressemitteilung Gesundheitsministerium 17.05.23)

Neue Flugverbindung nach Bougainville geplant

Die staatliche Fluggesellschaft „Solomon Airlines“ plant, in naher Zukunft ihre Flugdienste in die Autonome Region Bougainville zu erweitern.

In der Vergangenheit flog die Fluggesellschaft bereits von Honiara (Salomonen) nach Kieta, einer Kleinstadt im Torokina Distrikt in der Provinz Central Bougainville. Man überlege, diese Verbindung wieder aufzunehmen, erklärte der CEO von *Solomon Airlines*, Gus Kraus. Außerdem überlege man, einen Flug von Munda nach Bougainville anzubieten, vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung von Papua-Neuguinea.

Kraus, der seit 2011 CEO von *Solomon Airlines* ist, verfügt über umfangreiche Erfahrungen in der Luftfahrtbranche, insbesondere in den Bereichen Betrieb, Finanzen, Verkauf und Kundenservice. Er geht davon aus, dass die Ausweitung der Flugdienste beiden Ländern zugutekommen wird, da sie die Wirtschaft sowohl auf den Salomonen als auch in Bougainville ankurbeln wird. (*Solomon Star* 12.05.23)

Neuer Botschafter

Ende April hat Abdulla Al Subousi, der neue Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) auf den Salomonen, sein Beglaubigungsschreiben an Generalgouverneur Sir David Vunagi überreicht. Al Subousi ist nicht-residentieller Botschafter für die Salomonen.

Sir David erklärte während der Feierstunde, dass die Salomonen sehr erfreut seien über die jüngsten

Entwicklungen, insbesondere über das Zustandekommen von Handelspartnerschaften am Rande der Weltausstellung in Dubai. Mit Hilfe von Subousi werde man sich auch weiterhin für die Förderung des Außenhandels und der Investitionen zwischen beiden Staaten einsetzen. Er betonte weiter, dass die Einrichtung einer Botschaft der Salomonen in der VAE-Hauptstadt Abu Dhabi im Laufe des Jahres 2023 ein Zeichen für das Engagement der Salomonen für diese Partnerschaft sein werde.

Sir David bedankte sich bei dem neuen Botschafter für die Förderung der erneuerbaren Energien auf den Salomonen.

Info: Abdulla Al Subousi wurde am 20. Mai 2019 zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Australien ernannt. Vor seiner jetzigen Ernennung war er Generalkonsul der Vereinigten Arabischen Emirate in Los Angeles für die Westküste der USA.

Al Subousi war außerdem Direktor der Abteilung für amerikanische und pazifische Angelegenheiten und hatte den Titel eines Botschafters im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Internationales der VAE inne. Er steht seit über 20 Jahren im diplomatischen Dienst der VAE. (*Solomon Times* 21.04.23)

Salomonen heben alle Corona-Regeln auf

Mit sofortiger Wirkung haben die Salomonen zum 24. Mai alle COVID-19-bezogenen Anforderungen aufgehoben, so dass Reisende auf die Salomonen keinen Nachweis über eine COVID-19-Impfung oder einen aktuellen Coronatest mehr erbringen müssen.

Allerdings müssen die Reisenden bei ihrer Ankunft weiterhin eine Gesundheitserklärung ausfüllen, die an Bord des ankommenden Flugzeugs oder bei der Einreise am Flughafenschalter erhältlich ist.

Dagnal Dereveke, der CEO von *Tourism Solomons*, sagte, dass die Ankündigung des Ministeriums für Gesundheit und medizinische

Dienste die Attraktivität der Salomonen für Tourist*innen nun wieder deutlich erhöhen werde. Jetzt gelte es, die Qualität im Tourismussektor zu halten oder zu steigern. Man habe die Coronazeit dafür genutzt, den Tourismussektor auf den Salomonen auf den Prüfstand zu stellen, erklärte Dereveke. So habe man Gesundheits- und Sicherheitsprotokolle eingeführt und Online-Schulungen für die Beschäftigten im Tourismus angeboten. Außerdem habe man alle touristischen Angebote in verschiedenen Bereichen überprüft und getestet, u.a. im Bereich der Hygiene und der Sauberkeit.

Info: Während der Coronapandemie waren die Grenzen der Salomonen insgesamt 800 Tage geschlossen. Mit Stand 24. Mai waren auf den Salomonen noch 24.575 Menschen an Corona erkrankt. Insgesamt gab es 153 Todesfälle. (*Solomon Times* 24.05.23, WHO 24.05.23)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp. Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes, Berlin.]

Oppositionspartei *FijiFirst* und alle Oppositions-abgeordnete suspendiert

Die neue Dreier-Regierungskoalition aus der *People's Alliance* von Premierminister Sitiveni Rabuka, SODELPA und *National Federation Party* regiert mittlerweile trotz ihrer knappen Parlamentsmehrheit – zumindest vorübergehend – ohne Opposition. Nachdem bereits einzelne Oppositions-abgeordnete, darunter der ehemalige Regierungschef Voreqe Bainimarama, aus dem Parlament suspendiert worden waren, hat die Registrierungsstelle für politische Parteien die Zulassungen für die Partei *FijiFirst*, die größte Partei und einzige Oppositionspartei im fidschianischen Parlament, sowie drei weitere kleine Parteien Mitte Mai für 30 Tage ausgesetzt. Dies hat auch einen vorübergehenden Ausschluss aller Oppositions-abgeordneten von der Parlamentsarbeit zur Folge.

Begründet wird die Suspendierung damit, dass die Parteien es versäumt haben, erforderliche Finanzberichte vorzulegen. Wenn sie diese nicht innerhalb von 60 Tagen vorlegen, droht den Parteien die dauerhafte Rücknahme ihrer Zulassung. Das Vorgehen erinnert sehr an frühere Vorgänge, als die damals noch regierende heutige Oppositionspartei *FijiFirst* dasselbe Gesetz mehrfach gegen andere damalige Oppositionsparteien verwendete.

Der Generalsekretär von *FijiFirst*, Aiyaz Sayed-Khaiyum, bezeichnete die Suspendierung als „*grob unfair und voreingenommen*“. In der Tat sollen nach Medienberichten auch die Regierungsparteien *People's Alliance* und *SODELPA* die geforderten Unterlagen nicht rechtzeitig eingereicht haben, sondern lediglich durch die Ankündigung einer baldigen Nachreichung der Suspendierung entgangen sein. (*Radio New Zealand* 19.05.23)

Anklagen gegen Ex-Premierminister und seinen Stellvertreter

Nach dem Regierungswechsel in Fidschi im Dezember 2022 geht die Staatsanwaltschaft weiter juristisch gegen den abgewählten Premierminister Voreqe Bainimarama, seinen früheren Stellvertreter Aiyaz Sayed-Khaiyum und weitere Unterstützer Bainimaramas vor.

Bainimarama war im Februar zunächst mit der Mehrheit der Regierungsfractionen für drei Jahre aus dem Parlament des Landes suspendiert worden und dann im März gemeinsam mit dem ehemaligen Polizeichef Sitiveni Qiliho wegen Amtsmissbrauch angeklagt worden (siehe letzte Ausgabe der „*Pazifik aktuell*“). Sie werden beschuldigt, im Jahr 2019 „*eigenmächtig*“ und „*in Missbrauch ihrer Befugnisse*“ eine polizeiliche Untersuchung gestoppt zu haben, die auf Beschwerde der *University of the South Pacific* (USP), die ihren Hauptcampus in der fidschianischen Hauptstadt Suva hat, eingeleitet wurde.

Nachdem Bainimarama im März eine Nacht in Polizeigewahrsam

verbringen musste, ist er mittlerweile gegen eine Kautions- und strenge Auflagen auf freiem Fuß. So darf er unter anderem das Land nicht verlassen. Mittlerweile steht fest, dass das Gerichtsverfahren gegen Bainimarama und Qiliho vom 17. bis zum 28. Juli 2023 vor dem Amtsgericht in der fidschianischen Hauptstadt Suva stattfinden soll. Bereits am 19. Juni 2023 soll eine erste Anhörung stattfinden. Nach seiner Anklage hatte Bainimarama sich als nicht schuldig bekannt.

Auch Bainimaramas früherer Stellvertreter Aiyaz Sayed-Khaiyum ist in einem separaten Verfahren wegen Amtsmissbrauch angeklagt. Er war nach der Abwahl der Regierung ins Ausland gereist und bei seiner Rückkehr nach Fidschi vorübergehend verhaftet worden. Auch er ist mittlerweile gegen Kautions- und strenge Auflagen auf freiem Fuß und darf das Land nicht mehr verlassen. Ihm wird vorgeworfen, seine Macht als geschäftsführender Premierminister während einer Abwesenheit Bainimaramas missbraucht zu haben, als er zustimmte, dass der Staat die Steuern für den damaligen Chef der fidschianischen Wahlkommission, Mohammed Saaneem, übernehmen solle. Das Verfahren gegen Sayed-Khaiyum soll am 13. Juni starten. Er hat sich bisher weder schuldig noch nicht schuldig bekannt. (*Radio New Zealand* 02.05.23, 11.05.23)

Wiedereinführung des Great Council of Chiefs

Am 24. Mai 2023 ist der *Great Council of Chiefs* („Großer Häuptlingsrat“, GCC) erstmals seit seiner Abschaffung durch die vorherige Regierung im Jahr 2007 wieder zusammengetreten. Mit der Wiedereinführung des bedeutenden traditionellen Gremiums der indigenen *i-taukei*-Bevölkerung erfüllt Premierminister Sitiveni Rabuka eines seiner wichtigsten Wahlversprechen.

Der Rat, in dem die traditionellen ‚Häuptlinge‘ des Landes zusammenkommen, hatte bis zu seiner Abschaffung großen Einfluss auf die nationale Politik Fidschis. Von Kritikern wurde dem Rat vorgeworfen, die politische Macht der indi-

genen Bevölkerung der *i-taukei* zu zementieren und die Interessen anderer Bevölkerungsgruppen wie der indisch-stämmigen Bevölkerung des Landes und der polynesischen Bewohner*innen von Rotuma nicht angemessen zu berücksichtigen.

Premierminister Sitiveni Rabuka, der einst selbst dem Rat vorgesehen hatte und sich mit seinen Militärrputschen im Jahr 1987 und teilweise auch während seiner ersten Amtszeit als Premierminister in den 1980er- und 1990er-Jahren selbst dem Vorwurf der Diskriminierung der Interessen anderer Bevölkerungsgruppen ausgesetzt hatte, unterstrich bei den Feierlichkeiten zur Wiedereinführung des Rats, dass alle Einwohner*innen Fidschis gleichberechtigte Bürger*innen seien.

Auch der fidschianische Präsident Ratu Wiliame Katonivere sagte bei der Eröffnung, die traditionellen Führer seien heute mehr denn je gefordert, inklusive Entscheidungen sicherzustellen. Er unterstrich außerdem, dass auch angesichts der Wiedereinführung des umstrittenen Gremiums klar sein müsse, dass Fidschi eine multikulturelle Gesellschaft sei und dass es Aufgabe der ‚Häuptlinge‘ sei, zu dienen, und nicht, sich selbst dienen zu lassen.

An den Feierlichkeiten zur Wiedereinführung des Rats auf der Insel Bau nahmen mehr als 3.000 Menschen teil. Ein permanentes Sitzungsgebäude für den Rat steht bisher noch nicht fest. Auch weitere Details zur künftigen Arbeit des Rats sind noch offen. Mehrere Vertreter*innen aus der indigenen Gemeinschaft sagten jedoch, der Rat müsse offen sein für Veränderungen und in seiner Arbeit moderner werden als er es bis zu seiner Abschaffung gewesen ist. Auch die Besetzung der im Rat vertretenen ‚Häuptlinge‘ war bei der ersten Zusammenkunft nur vorläufig, wie das zuständige Ministerium mitteilte. Die Auswahl sei von einem „Review Team“ in Konsultationen mit den verschiedenen Regionen und Dörfern Fidschis getroffen worden. Auch die Finanzierung der Arbeit und der Treffen des Rats ist noch offen.

In den kommenden Monaten sollen alle Mitglieder der indigenen *i-taukei* in verschiedenen Konsultationen und Online-Prozessen ihre Vorschläge für die künftige Arbeit des Rats einreichen können. Nach Aussage des für den Prozess zuständigen „Review Teams“ sei das Interesse, sich an den Konsultationen zu beteiligen, bereits bisher sehr groß gewesen. Kritik an der Wiedereinsetzung des Gremiums gab es allerdings auch deshalb, weil bisher nicht vorgesehen ist, auch Frauen im Rat zuzulassen. Das ist in gewisser Weise sogar ein Rückschritt, weil in einigen Landesteilen Fidschis Häuptlingstitel schon seit Jahren auch von Frauen ausgeübt werden können.

Zu den ersten Entscheidungen des neu eingesetzten Rats zählt die Wiedereinführung einer ebenfalls von der vorherigen Bainimarama-Regierung abgeschafften Systems zur Verteilung der Gelder, die durch Mieteinnahmen von dem größtenteils weiter in *i-taukei*-Besitz befindlichem Land erwirtschaftet werden. Anders als unter der vorherigen Regierung werden diese Einnahmen nicht mehr gleichberechtigt auf alle Angehörigen einer indigenen Gemeinschaft verteilt, sondern erhalten die ‚Häuptlinge‘ und Ältesten indigener Siedlungen einen prozentual größeren Anteil.

(Radio New Zealand 11.05.23, 24.05.23, 25.05.23, Fiji Times 20.05.23, 23.05.23, 26.05.23, 03.06.23, 06.06.23, Wikipedia)

George Speight stellt Begnadigungsersuch – Militär äußert sich besorgt

Der Anführer von Fidschis „zivilem Putsch“ gegen die gewählte Regierung im Jahr 2000, George Speight, hat den fidschianischen Präsidenten Ratu Wiliame Katonivere offiziell um eine Begnadigung ersucht. Ein entsprechender Antrag, der von zu lebenslanger Haft Verurteilten bei Verbüßung von mehr als 20 Jahren Haft vorgebracht werden kann, ist Berichten zur Folge bei den zuständigen Behörden eingegangen. Nun ist eine Kommission dafür zuständig, dem fidschianischen Präsidenten, der vor allem repräsentative Befugnisse besitzt, eine Empfehlung über die Annahme oder Ablehnung des

Gnadengesuchs zu erteilen. Berichten zur Folge könnte Speight bei Annahme des Ersuchs bereits innerhalb eines Monats freikommen.

Der Geschäftsmann George Speight gilt als Anführer eines bewaffneten ethno-nationalistischen Putschs, der mehrere Menschenleben forderte und sich gegen die Regierung von Mahendra Chaudhry, des ersten indischstämmigen Premierministers Fidschis, richtete. Genau ein Jahr nach seinem Amtsantritt im Mai 1999 wurden er, Minister seines Kabinetts und weitere Personen im Parlamentsgebäude für teils mehr als zwei Monate als Geiseln genommen. Nachdem das fidschianische Militär, das damals ebenfalls als politischer Akteur für die indigenen Interessen galt, lange mit Speight verhandelt hatte, beendete es den Putsch schließlich, setzte anstatt Chaudhry aber eine neue Regierung unter dem indigenen Politiker Laisenia Qarase ein. Als dieser im Jahr 2006 George Speight begnadigen wollte, setzte das Militär der Regierung ein Ultimatum und übernahm schließlich der im vergangenen Jahr abgewählte Premierminister Voreqe Bainimarama als damaliger Militärfürst die Macht in dem Land.

Auch nun hat sich der derzeitige Militärfürst Jone Kalouniwai besorgt über die Möglichkeit einer Begnadigung Speights geäußert. Medienberichten zur Folge übermittelte er seine Sorgen an den zuständigen Innenminister Filimoni Vosarogo, der den Austausch mit dem Militärfürst bestätigte und Verständnis für seine Sorgen zeigte. Auch wenn die Entscheidung nun formal beim Präsidenten liegt, hatte der jetzige Premierminister Sitiveni Rabuka im Wahlkampf im vergangenen Jahr noch damit geworben, dass er im Falle einer Wahl zumindest prüfen wolle, welche rechtlichen Schritte zu einer Freilassung von Speight möglich sind. Auch Rabuka ist historisch mit den Vorfällen rund um den Putsch im Jahr 2000 verbunden: Nachdem er bereits im Jahr 1987 als damaliger Militärfürst zwei ethno-nationalistische Putschs durchgeführt hatte, amtierte er später als gewählter Premierminis-

ter – und unterlag im Jahr 1999 bei den Wahlen Mahendra Chaudhry, der durch den Speight-Putsch abgesetzt wurde. Außerdem war Rabuka als Vermittler während der Geiselnahme des Speight-Putschs aktiv.

Die Diskussion um eine mögliche Begnadigung Speights könnte nun aber zu einer Belastungsprobe für die amtierende Regierung werden. Nicht wenige Unterstützer von Premierminister Rabuka und seinem Koalitionspartner SODELPA dürften einer Begnadigung Speights durchaus offen gegenüberstehen, gleichzeitig gibt sich Rabuka allerdings als „geläutert“ und distanziert sich von einigen seiner früheren Handlungen aus den 1980er und frühen 1990er Jahren, die von indischstämmigen Fidschianer*innen als diskriminierend empfunden worden sind (siehe dazu auch folgende Meldung). Für viele indischstämmige Fidschianer*innen dürfte eine Freilassung von Speight jedoch ein schwerwiegendes politisches Zeichen sein.

Finanzminister Biman Prasad, der Vorsitzende des dritten Koalitionspartners *National Federation Party* (NFP), lehnte es ab, das Gnadengesuch zu kommentieren. Die Entscheidung liege allein beim Präsidenten. Für seine Partei und Teile seiner Wählerschaft dürfte eine politische Unterstützung einer Begnadigung Speights jedoch ausgeschlossen sein. (Fiji Village 30.05.23, ABC 31.05.23, Fiji Times 31.05.23, Radio New Zealand 01.06.23, Wikipedia)

„Forward Fiji Declaration“ soll Spaltung der Gesellschaft überwinden

Vertreter*innen der Regierung und einiger nicht im Parlament verteilter Oppositionsparteien sowie von verschiedenen kulturellen und religiösen Vereinigungen in Fidschi haben im Mai eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, mit welcher sie die Versöhnung fördern und eine gemeinsame Vision für die Zukunft entwickeln möchten.

Die von der Regierung vorangetriebene sogenannte „*Forward Fiji*“-Erklärung wurde unter anderem von Premierminister Sitiveni

Rabuka, seinem früheren Kontrahenten und früheren Premierminister Mahendra Chaudhry, Vertreter*innen indisch-stämmiger Gemeinschaften, dem Präsidenten der Rotuma-Inseln und Vertreter*innen der Methodistischen Kirche in Fidschi – die eine wesentliche Rolle bei den Putschen im Jahr 1987 und 2000 spielte – unterzeichnet.

Sie bekennen sich in der Erklärung zu einer Zukunft mit Demokratie und ohne weitere Putsche und ohne Rassismus, zu Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Glaubensfreiheit. Die Erklärung soll ein „Versprechen“ darstellen, um die lähmende Vergangenheit der Spaltung zwischen den Bevölkerungsgruppen zu überwinden.

Die methodistische Kirche und weitere Vertreter*innen vor allem indigener *i-taukei*-Gemeinschaften entschuldigten sich für entstandenes Leid bei der indisch-stämmigen Bevölkerung. Mahendra Chaudhry, Fidschis erster indisch-stämmiger Premierminister, der ein Jahr nach seinem Amtsantritt durch einen Putsch aus dem Amt entfernt wurde (siehe Beitrag zur möglichen Begnadigung von George Speight), und weitere Vertreter*innen der indisch-stämmigen Gemeinschaft in Fidschi nahmen die Entschuldigung an.

Aus Sicht von Kritiker*innen stehen die Absichten der Erklärung nicht im Einklang mit einigen Positionen der Regierung und könnte die Erklärung ein Vorwand sein, um aufkommenden Sorgen einer erneuten Benachteiligung der indisch-stämmigen Bevölkerung etwas entgegenzusetzen.

(FBC 14.05.23, Radio New Zealand 15.05.23, Fiji Village 15.05.23, Fiji Times 16.05.23)

Pressefreiheit: „Drakonisches“ Mediengesetz aufgehoben

Im April hat die neue Regierung ein häufig als „drakonisch“ beschriebenes sehr strenges Mediengesetz aufgehoben, welches die frühere Regierung unter Premierminister Voreqe Bainimarama im Jahr 2010 eingeführt hatte.

Mit der Aufhebung des Gesetzes möchte die neue Regierung die Pressefreiheit stärken und einen

unabhängigen Journalismus fördern. Premierminister Sitiveni Rabuka teilte mit, dass man sich im Kabinett dazu entschieden habe, das Gesetz nicht nur zu überarbeiten, sondern ein vollständig neues Gesetz zu erlassen. Er sagte, dass freie Meinungsäußerung der Sauerstoff einer Demokratie sei.

Medienverbände kritisieren jedoch, dass die Regierung sich überhaupt dazu entschieden hat, ein neues Mediengesetz auf den Weg zu bringen anstatt das bisherige einfach ersatzlos aufzuheben. Dennoch teilte etwa die *Fijian Media Association* mit, dass man das Ende des strengen Gesetzes aus dem Jahr 2010 sehr begrüße und dies ein wichtiger Schritt sei, um die Arbeit von Journalist*innen in dem Land zu erleichtern. Unter dem vorherigen Gesetz war etwa der Quellenschutz eingeschränkt, konnten Journalist*innen zu ihren Artikeln befragt werden und musste bei allen Medienberichten immer klar erkennbar sein, welche konkrete Person namentlich für den Bericht verantwortlich war. Schon bei kleineren kritischen Äußerungen drohten Untersuchungen. Dies hat dazu geführt, dass viele fidschianische Medien in den zurückliegenden Jahren vorbeugende Selbstzensur zum Schutz ihrer Mitarbeitenden vornehmen mussten oder sich in politischen Berichten darauf beschränkt haben, Zitate wiederzugeben.

Dr. Shailendra Singh vom Journalismus-Programm der in Fidschi ansässigen *University of the South Pacific* (USP) begrüßte, dass die Aufhebung des bisherigen Gesetzes den „Angstfaktor“ in der Berichterstattung der letzten 13 Jahre auflöse. Gleichzeitig warnte er vor zu großer Euphorie, bevor nicht die exakten Pläne für ein Nachfolgegesetz bekannt seien. (Radio New Zealand 29.03.23, 05.04.23, 06.04.2023)

Keine Anklagen wegen Gewaltaufrufen gegen Premierminister Rabuka und Vorgänger Bainimarama

Die fidschianische Staatsanwaltschaft hat entschieden, den Anfangsverdacht wegen Aufrufen zur

Gewalt und zu öffentlicher Unruhe rund um die Wahl in Fidschi im Dezember 2022 gegen den neuen Premierminister Sitiveni Rabuka, seinen Amtsvorgänger Voreqe Bainimarama und vier weitere hochrangige Politiker und Personen des öffentlichen Lebens nicht weiterzuverfolgen.

Sowohl Rabuka als auch Bainimarama und ihre jeweiligen Unterstützer*innen hatten im Verlauf der Wahl (siehe letzte und vorletzte Ausgabe der „Pazifik aktuell“) Aussagen getätigt, die unter anderem als Aufforderung an das Militär zum Einschreiten gegen den politischen Gegner verstanden werden konnten. Aus Sicht der fidschianischen Staatsanwaltschaft reichen die Beweise jedoch nicht für eine Anklage aus.

Neben Rabuka und Bainimarama gab es Untersuchungen gegen Sakiasi Ditoka, der in der neuen Regierung Minister für ländliche Entwicklung ist, den Abgeordneten Mosese Bulitavu, welcher derselben Partei wie Bainimarama angehört, sowie den Chef und eine weitere Führungspersonlichkeit der Methodistischen Kirche in Fidschi.

(Radio New Zealand 05.05.23)

Vorgehen gegen Gewaltverbrechen: Regierung will Alkoholverkauf einschränken und Bars früher schließen

Die Regierung möchte die Öffnungszeiten von Nachtclubs und Bars verkürzen und den abendlichen Alkoholverkauf einschränken. Damit sollen nächtliche Belästigungen, Schlägereien, Diebstähle und Gewaltverbrechen reduziert werden.

Die geplanten Maßnahmen sind eine Reaktion darauf, dass ein junger Mann Ende März vor einem Nachtclub von alkoholisierten Tätern zu Tode geprügelt worden war. Der Falle hatte in Fidschi eine öffentliche Diskussion über das steigende Ausmaß an Gewaltverbrechen unter Alkoholeinfluss ausgelöst. Details zu den Regierungsplänen sind noch nicht bekannt, zunächst soll es Konsultationen mit der Bevölkerung geben. Von Besitzer*innen von Bars und Nachtclubs sowie

aus der Tourismusbranche gibt es jedoch bereits Kritik an den Plänen: Sie fürchten Einnahmerückgänge, wirtschaftliche Schäden und negative Auswirkungen auf den Tourismus. (Radio New Zealand 05.05.23)

VANUATU

Erste Frau im Amt

Viran Brown ist Mitte Mai zur Hochkommissarin Vanuatus in Fid-schi bestellt worden. Sie ist die erste Frau im Amt einer Botschafterin von Vanuatu seit der Unabhängigkeit des Staates 1980. Brown folgt auf Nikenike Vurobaravu, der im Juli vergangenen Jahres zum 12. Präsidenten Vanuatus gewählt worden war.

Präsident Vurobaravu nahm Brown im Beisein weiterer Politiker den Amtseid ab. Sowohl Außenminister Jotham Napat als auch der Generaldirektor des Ministeriums, Kalfau Kaloris, bezeichneten Browns Ernennung als eine große Errungenschaft im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen in der Politik und ihre Führungsrolle im öffentlichen Leben.

Brown werde sich mit diplomatischen Angelegenheiten Vanuatus befassen und auch die Interessen und das Wohlergehen der in Fid-schi lebenden Bürger*innen Vanuatus vertreten, hieß es aus dem Außenministerium. (Vanuatu Daily Post 22.07.22, 04.05.23)

Klimawandel als größtes Sicherheitsrisiko

„Der Klimawandel stellt das größte Risiko für die Sicherheit der pazifischen Völker dar.“ Das erklärte der Premierminister von Vanuatu, Ishmael Kalsakau, anlässlich der Eröffnung des Pacific Fusion-Hauptquartiers in der Hauptstadt Port Vila Anfang Juni. Er sagte, der Klimawandel sei eine existenzielle Bedrohung, die die Sicherheit und Stabilität aller Nationen beeinträchtigt.

„Durch die Auswirkungen der globalen Erwärmung und die Folgen der Atomtests wird unser Ozean immer wärmer, unsere Riffe sterben ab und Fische sind sehr selten

geworden. Unsere Kinder und Enkelkinder werden nie mehr das erleben, was wir in unserer Kindheit genossen haben“, bedauerte der Premier in seiner Festansprache.

Info: Das von Australien finanzierte und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten des Pacific Islands Forum betriebene Pacific Fusion-Zentrum soll Schulungen und Analysen zu regionalen Sicherheitsfragen anbieten. Es orientiert sich an den in der „Boe-Erklärung“ (regionale Initiative Vanuatus) festgelegten regionalen Sicherheitsprioritäten und unterstützt die regionale Entscheidungsfindung zu gemeinsamen Sicherheitsprioritäten in Ozeanien.

(<https://www.pacificfusioncentre.org/>, Radio NZ Intern. 07.07.23)

Neue Generalsekretärin bei VANGO

Shirley Abraham ist die neue Generalsekretärin der „Vanuatu Association of Non-Governmental Organisations“ (VANGO). Sie soll die Mitarbeitenden von VANGO bei der hauptamtlichen Führung des Büros unterstützen und mit Partner*innen und Interessenvertretern zusammenarbeiten, um die Rolle der Zivilgesellschaft zu stärken.

Die Arbeit von VANGU war 2015 aufgrund von Misstrauensvorwürfen, Korruption und Leitungsschwächen eingestellt worden. 2017 hatte der damalige Innenminister Andrew Napuat die Dachorganisation der lokalen Nichtregierungsorganisationen wiederbelebt. Es wurde ein Lenkungsausschuss eingesetzt, der 2017 den Vorstand wählte. Der derzeitige Vorstand unter der Leitung von Präsident William Nasak ist entschlossen, mit Hilfe von Shirley Abraham die Leitungsstruktur der VANGO zu stärken. (Loop Pacific 04.06.23)

Hafen wieder betriebsbereit

Das Vanuatu Department of Ports & Harbour hat bestätigt, dass der Haupthafen von Port Vila nach Reparaturarbeiten wieder betriebsbereit ist und der Kreuzfahrtbetrieb

wieder aufgenommen werden kann. Das Tourismusministerium erklärte, dass damit auch die Uferpromenade erneut genutzt werden könne. Diese war als Interims-Kreuzfahrtterminal genutzt worden, so dass Tourist*innen auf die Flaniermeile am Hafen verzichten mussten.

Die Kreuzfahrtgesellschaften (z.B. Carnival Australia) müssen ab sofort wieder am Kai im Hafen anlegen. Das hat vor allem Sicherheitsgründe: Der internationale Code für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen, das Auffüllen der Treibstoffvorräte, Wartungsarbeiten am Schiff und die Minimierung der Betriebskosten sind zwingend vorgeschriebene Maßnahmen für alle Betreiber von Passagierschiffen. (Loop Pacific 04.06.23)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Anstieg innerfamiliärer Gewalt

Nach zwei Jahren, die von der Corona-Gesundheitskrise geprägt waren, sind die Kriminalitätszahlen für das Jahr 2022 in Neukaledonien wieder angestiegen, wobei Personenverletzungen und innerfamiliäre Gewalt stark zugenommen haben. Insbesondere die innerfamiliäre Gewalt hat zwischen den Jahren 2019 und 2022 um 62,84 % zugenommen.

„Diese Gewalttaten sind aufgrund ihrer Art, aber auch aufgrund ihres Umfangs, unerträglich. Neukaledonien bleibt mit 7,1 Taten pro 1.000 Einwohnern das am stärksten betroffene Gebiet auf nationaler Ebene“, erklärte Staatsanwalt Yves Dupas Ende März auf einer Pressekonzferenz in Nouméa.

Ein weiteres großes Problem im städtischen Kontext ist die Unfallquote auf den Straßen. Mit 70 Todesopfern bis zum 31. Dezember 2022 (20 mehr als 2021) erreichte die Inselgruppe mit ihren rund 270.000 Einwohner*innen laut den Zahlen des neukaledonischen Innenministeriums eine Straßenverkehrssterblichkeitsrate von 259 pro 1 Million Einwohner*innen. Sie lag

damit weit vor dem Mutterland Frankreich (45 pro 1 Million).

„In Neukaledonien stirbt man nicht durch Schusswaffen, sondern durch Autounfälle“, zeigte sich der französische Hochkommissar in Neukaledonien, Louis Le Franc, alarmiert.

In fast allen Fällen war bei den Unfällen auf der Straße und auch bei den Fällen innerfamiliärer Gewalt übermäßiger Alkoholkonsum mit im Spiel. Er wird mit 73% der tödlichen Unfälle und einer großen Mehrheit der Fälle von innerfamiliärer Gewalt in Verbindung gebracht.

„Die Kriminalität wird erst dann spürbar zurückgehen, wenn wir das Problem der Alkoholabhängigkeit in den Griff bekommen“, erklärte der Staatsanwalt.

Einzig positive Nachricht: Die Zahl der Sachbeschädigungen sank zwischen 2019 und 2022 um 10,53 Prozent. Bei dieser Art von Straftaten liegt die Rate in Neukaledonien pro 1.000 Einwohner*innen bei 32,65 gegenüber 28,58 in Frankreich und ist damit immer noch recht hoch. (*La Lettre de Kanaky März 2023, AFP 28.03.23*)

Tageszeitung liquidiert

Das Handelsgericht in Nouméa verkündete Mitte März die gerichtliche Liquidation der Melchior-Gruppe, zu der auch „*Les Nouvelles calédoniennes*“ gehört, die einzige französischsprachige Tageszeitung Neukaledoniens.

Die im Juni 1971 gegründete „*Les Nouvelles calédoniennes*“ hatte bereits am 31. Dezember 2022 ihr Erscheinen im Papierformat zugunsten einer zu 100 % digitalen Ausgabe eingestellt, was zur Schließung der Druckerei *Pacifique Rotative* - die zur Melchior-Gruppe gehörte - und zur Entlassung von 17 Mitarbeitenden führte.

„Das Handelsgericht bestätigte die Beendigung des Rettungsplans und die Liquidation der Gruppe. Die Gehälter für den Monat März werden ausgezahlt, aber ansonsten haben wir keine Zusicherung, wie es weitergeht“, sagte Baptiste Gouret, Journalist bei der *Nouvelles calédoniennes* und Betriebsrats-

vorsitzender der Melchior-Gruppe mit ihren rund 120 Beschäftigten.

Die rund 30 im Gericht anwesenden Beschäftigten bedauerten die Abwesenheit der Geschäftsleitung der Melchior-Gruppe bei der Anhörung.

In einer Erklärung beklagte die Journalistengewerkschaft SNJ (*Syndicat national des journalistes*) „eine soziale Katastrophe und einen Angriff auf den Pluralismus“ und appellierte an die Kulturministerin Rima Abdul-Malak, sich für eine Rettung der Verlagsgruppe einzusetzen.

Der Staatsanwalt in Neukaledonien, Yves Dupas, hatte gefordert, einem Sanierungsplan mit Fortführung der Geschäftstätigkeit den Vorzug zu geben. „Es ist die einzige Tageszeitung auf der Insel. Das ist wichtig in einer sehr sensiblen Phase der Geschichte und zu einem Zeitpunkt, an dem die Diskussionen über die institutionelle Zukunft eröffnet sind. Es steht strategisch viel auf dem Spiel, dieses Instrument der Meinungsfreiheit zu erhalten“, sagte der Staatsanwalt gegenüber der Nachrichtenagentur AFP.

Ohne Tageszeitung werde es den Menschen noch schwerer fallen, „echte news“ von „fake news“ zu unterscheiden und Informationen im Kontext zu verstehen, bedauerte Joël Kasarherou, einer der Gründer der Bürgerbewegung „*Construire autrement*“. Das Bildungssystem in Neukaledonien weise sowieso schon starke Mängel auf. Die Analphabetenrate liege bei 17,7 % und jeder Dritte habe Schwierigkeiten mit dem Leseverständnis. (*Agence France Press 17.03.23, Le Figaro 18.03.23, La Lettre de Kanaky, März 2023*)

FLNKS erwägt Erweiterung der Wählerschaft

Neukaledoniens Unabhängigkeitspartei FLNKS (*Front de libération nationale kanak et socialist*) erwägt die Erweiterung der Wählerschaft.

Die Unabhängigkeitsbefürworter*innen im französischen Überseegebiet Neukaledonien erklärten, sie seien offen für Gespräche über eine mögliche Erweiterung der

Wählerschaft für die Provinzwahlen 2024, so der französische Innenminister Gerald Darmanin. Dies war einer der Knackpunkte in den Diskussionen über den zukünftigen politischen Status der Inselgruppe.

Darmanin hatte Anfang Juni eine kurze Dienstreise nach Neukaledonien unternommen, um eine Reihe von Themen wie das Abkommen von Nouméa, die Entkolonialisierung, den Nickelabbau, die Sicherheit und Umweltfragen mit dem Territorialparlament zu erörtern. Es war bereits sein dritter Besuch seit seinem Amtsantritt im November 2022.

Der Innenminister sagte, dass Vertreter der FLNKS einer Erweiterung der Wahllisten zugestimmt hätten, was sie bisher immer abgelehnt hätten. Diese Änderung würde 11.000 Menschen, die bisher vom Wahlprozess ausgeschlossen waren, die Möglichkeit geben, sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen.

Der Präsident der neukaledonischen Territorialversammlung, Roch Wamytan, wies jedoch darauf hin, dass die FLNKS „nur Gespräche aufgenommen hat, aber wir haben noch keine endgültige Vereinbarung getroffen“ und fügte hinzu, dass „wir noch weit von einer Vereinbarung über das Wahlgremium entfernt sind“.

Im August sollen zur Frage der politischen Zukunft des Überseegebietes in Paris weitere Gespräche geführt werden.

Für Frankreich hat Neukaledonien in einer Zeit der globalen Energiewende weg von fossilen Brennstoffen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf der Inselgruppe befinden sich etwa 25 Prozent der weltweiten Nickelvorkommen. Derzeit ist China der größte Einzelkunde für Neukaledoniens Nickerexporte. (*RFI French Pacific 07.06.23*)

MIKRONESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Clara Groth, B.A. International Relations, München.

Verlängerung der COFA-Vereinbarung

Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM): Ende Mai unterzeichneten Regierungsvertreter*innen aus den USA und den FSM ein Abkommen, das dem chinesischen Einfluss in dem Inselstaat entgegenwirken soll und verstärkte amerikanische Unterstützung zusichert. Hintergrund für die engere Zusammenarbeit sind Washingtons Bestrebungen, Chinas Einfluss in der Region zurückzudrängen, insbesondere seitdem die Salomonen im vergangenen Jahr ein Sicherheitsabkommen mit China eingegangen sind und die Spannungen in Bezug auf Taiwan zugenommen haben.

Außerdem beschlossen beide Staaten die Verlängerung der COFA-Vereinbarung (*Compact of Free Association*, COFA), die seit den 1980er Jahren die freie Assoziierung zwischen den USA, den FSM, Palau und den Marschall-Inseln festlegt. Demnach sind die USA für die Verteidigung und wirtschaftliche Unterstützung der drei Pazifikstaaten zuständig. Im Gegenzug erhalten die USA exklusiven Zugang zum Pazifikraum. Diese ursprünglichen COFA-Bestimmungen laufen 2023 und 2024 aus und sollen daher verlängert werden.

(<https://www.theguardian.com/world/2023/may/16/us-and-micronesia-to-renew-cofa-pact-as-washington-seeks-to-counter-china-in-pacific>)

Mit traditionellen Auslegerkanus durch den Pazifik

Palau: Das Auslegerkanu „*Alingano Maisu*“ ist am 30. April von Palau aus in See gestochen und wird nach Zwischenstopps in Yap, Woleai, Satawal, Guam und Saipan wieder im Hafen von Malakal anlegen. Die Segeltour ist Teil eines Navigationsprogramms, das 2008

ins Leben gerufen wurde und darauf abzielt, traditionelle pazifische Navigationspraktiken wiederzubeleben, die explizit auf technische Hilfsmittel verzichten.

Das 17 Meter lange Boot mit Doppelrumpf wurde speziell von „*Nā Kālai Wa'a*“ angefertigt, einer Gruppe von Ingenieur*innen, Handwerker*innen, und Freiwilligen, die sich auf traditionelles Bootsbauen und auf das Navigieren ohne technische Hilfsmittel spezialisiert hat.

Das Kulturprojekt wird von der *Micronesian Voyaging Society* und dem *Palau Community College* angeleitet und unterstützt.

(<https://www.saipantribune.com/index.php/canoe-departs-palau-for-guam-saipan/>, <https://www.nakalaiwaa.org/ka-auwa-a-o-nkw>)

Chinesisches Forschungsschiff vor Küste

Palau: Die Küstenwache von Palau hat Ende Mai einen Zwischenfall gemeldet, bei dem sich ein chinesisches Forschungsschiff mehrere Tage lang etwa 45 Seemeilen vor der Küste Kayangels (Palaus nördlichster Insel) und in der Nähe von Palaus Glasfaser-Tiefseekabel aufgehalten hat. Dies sei laut palauischen Behörden seit 2018 schon der vierte Zwischenfall dieser Art und sorgte für erhebliche Empörung unter Regierungsvertretern.

Das Forschungsschiff „*Haiyang Dizhi Liuha*“ sei am 24. Mai in die ausschließliche Wirtschaftszone von Palau vorgedrungen, ohne vorher die Behörden zu benachrichtigen, so die nationale Sicherheitskoordinatorin Jennifer Anson. In dem Gebiet rund um die Tiefseekabel habe das Schiff auffällige Manöver durchgeführt und sei anschließend nach Mikronesien abgedreht. Jegliche Versuche der Küstenwache, die Besatzung per Funk zu kontaktieren, wären erfolglos geblieben.

Laut dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen dürfen Staaten ein Gebiet von zwölf Seemeilen vor ihren Küsten als eigenes Küstenmeer beanspruchen. Zudem können 200 Seemeilen vor der Küste als ausschließliche Wirt-

schaftszone genutzt werden, allerdings gilt der Bereich jenseits der 12-Seemeilen bereits als internationale Gewässer, durch die ausländische Schiffe passieren dürfen. Das Forschungsschiff unter chinesischer Flagge durfte das Gebiet daher durchqueren, hätte die Aktivitäten aber vorher anmelden müssen.

Laut chinesischen Stellungnahmen bei ähnlichen Vorfällen in der Vergangenheit verfolgten diese Schiffe hauptsächlich maritime Ortung und Überwachung, sowie Kommunikation mit Chinas Raumstation.

Einige Beobachter interpretieren diesen Zwischenfall allerdings eher als Machtdemonstration und Folge der wachsenden geopolitischen Spannungen zwischen China und den USA, dem engsten Verbündeten von Palau. Inselstaaten wie Palau dienen dabei zunehmend als Austragungsort eines Wettkampfs um politischen und wirtschaftlichen Einfluss im Pazifik.

(<https://www.rfa.org/english/news/pacific/palau-china-cable-05312023014251.html>)

Solarenergie für Palau

Palau: Anfang Juni hat das philippinische Unternehmen *Alternergy* offiziell den Betrieb von Photovoltaik-Anlagen auf Palau gestartet, die einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Energieunabhängigkeit des Pazifikstaates darstellen. Ziel des Vorhabens ist es, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2025 auf 45 % zu erhöhen und damit jährlich tausende Tonnen CO₂ einzusparen.

Laut Mike Lichtenfeld, Direktor von *Solar Pacific* und *Alternergy*, hat das Projekt außerdem großes Interesse bei anderen pazifischen Inselstaaten hervorgerufen, die ebenfalls versuchen, Investitionen in erneuerbare Energien anzukurbeln.

(https://tribune.net.ph/2023/06/03/alternergy-kicks-off-p1-6-b-oceania-re-pro-ject/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=alternergy-kicks-off-p1-6-b-oceania-re-project)

Taifun fegt über Guam

Guam: Nachdem am 24. und 25. Mai der Taifun „Mawar“ mit heftigen Winden und sintflutartigen Regenfällen über Guam hergezogen ist, kam es in großen Teilen Guams zu Wasser- und Stromausfällen. Mehrere Dächer, Fahrzeuge, Bäume und Stromleitungen wurden von den Böen erfasst. Verletzte oder Tote gab es jedoch keine.

In den zentralen und nördlichen Teilen der Insel fielen mehr als 60 cm Regen, der internationale Flughafen wurde überschwemmt und die heftigen Winde lösten eine Sturmflut aus, deren Wellen durch Küstenriffe schlugen und Häuser überschwemmten. Der Taifun ist mit einer Windgeschwindigkeit von 280 km/h einer der stärksten Stürme, die Guam je erlebt hat und die Aufräumarbeiten dürften sich noch über mehrere Monate hinziehen.

(<https://www.theguardian.com/world/2023/may/26/typhoon-mawar-tears-through-guam-leaving-most-of-island-without-power>)

Chinesische Hackergruppe greift amerikanischen Militärstützpunkt an

Guam: Ende Mai kündigte die sogenannte „Five Eyes Alliance“ – ein Verbund aus Geheimdienststeinheiten aus Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und den USA – eine neue Untersuchung zu chinesischen Cyberattacken auf US-amerikanische Infrastruktur an.

Hinter den Angriffen steht laut Geheimdienstinformationen *Volt Typhoon*, eine Hackergruppe, die vermutlich von der chinesischen Regierung finanziert wird und sich explizit gegen US-amerikanische kritische Infrastruktur richtet.

Der amerikanische Militärstützpunkt auf Guam stand jüngst im Fokus der Cyberattacken. Der Angriff zielte höchstwahrscheinlich darauf ab, sich Zugang zu Netzwerken zu verschaffen, die mit kritischer Infrastruktur in den USA verbunden sind, um Kommunikation, Befehls- und Kontrollsysteme zu stören. China könnte dadurch einen potenziellen Konflikt im südchinesischen Meer maßgeblich beeinflussen.

Mit der Bekanntmachung ihrer Erkenntnisse will die *Five Eyes Alliance* vermutlich andere Nationen im asiatisch-pazifischen Raum vor ähnlichen Angriffen warnen und zu einem besseren Schutz der kritischen Infrastruktur anhalten.

(<https://asiapacificreport.nz/2023/05/27/highly-secretive-five-eyes-alliance-disrupts-china-backed-hacker-group/>)

Kampf gegen Klimawandel

Nördliche Marianen: Die Nördlichen Marianen sind, ähnlich wie andere Inselregionen im Pazifik, zunehmend von den negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Mit der globalen Erwärmung gehen extreme Wetterereignisse, die Zerstörung von Korallenriffen und Schäden an der Küsteninfrastruktur einher, die allesamt die Wirtschaft der Nördlichen Marianen zu untergraben drohen. Die Situation wird zusätzlich durch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Nördlichen Marianen vom Tourismus verschärft, der durch den Klimawandel beeinträchtigt werden könnte.

Eine der größten Herausforderungen im Kampf gegen den Klimawandel auf den Nördlichen Marianen sind umweltschädliche Unternehmenspraktiken großer, meist US-amerikanischer Konzerne. Neuen Untersuchungen zufolge ist „grüne Kriminalität“, also der Verstoß gegen Umweltschutzgesetze, weit verbreitet. Diese Entwicklung ist auf die koloniale Vergangenheit vieler US-Territorien wie den Nördlichen Marianen zurückzuführen: Die Bürger*innen dieser Gebiete genießen nicht die gleichen Rechte wie Bürger*innen auf dem amerikanischen Festland und sind daher teilweise weniger in der Lage, Umweltgerechtigkeit vor Gericht durchzusetzen. Die Kombination aus Klimawandel und umweltschädlichen Praktiken hat dazu geführt, dass die Nördlichen Marianen und andere US-Territorien überproportional mit den Klimawandelfolgen zu kämpfen haben.

Dennoch findet auch hier zunehmend ein Wandel statt, was zum großen Teil der verstärkten Zusammenarbeit mit der US-

Regierung zu verdanken ist. Im Jahr 2020 legte ein Abgeordneter aus Arizona (USA) einen Gesetzentwurf zur Bewältigung der Klimakrise in den US-Territorien vor. Sein Plan umfasste eine Aufstockung der Mittel für den Kampf gegen den Klimawandel sowie ein Amt für Energiepolitik und Energieprogramme für die Inselgebiete. Der Gesetzentwurf wurde letztendlich nicht verabschiedet, weckte aber die Aufmerksamkeit der Bundesregierung.

Im März 2023 setzte Gouverneur Palacios von den Nördlichen Marianen diesen Trend fort. Bei einem Besuch von Vertreter*innen der amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA erklärte Palacios, dass die Partnerschaft der Nördlichen Marianen mit der EPA „von entscheidender Bedeutung für die Schönheit und Lebensqualität unseres Volkes“ ist.

Die neue und ausdrückliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit weckt die Hoffnung auf einen Wandel hin zu mehr nachhaltigem Handeln auf den Inseln. Wenn die Nördlichen Marianen ihre wirtschaftliche Stabilität und den Lebensstil der Bewohner*innen bewahren wollen, wird die Eindämmung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung sein, und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen US-Regierung und den verschiedenen Territorien ist dabei essenziell.

(<https://pasquines.us/2023/05/23/the-northern-mariana-islands-and-the-battle-against-climate-change/>)

MARSHALL-INSELN

Bekämpfung invasiver Arten auf Irooj gelungen

In ihrem Bemühen, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, haben es die Marshall-Inseln geschafft, eine invasive Ratten-Art auf der kleinen Insel Irooj so zu bekämpfen, dass die Insel Mitte März als „rattenfrei“ erklärt werden konnte. Noch vor einem Jahr wimmelte es auf dem winzigen Eiland nur so von invasiven Ratten. Die hungrigen Nagetiere hatten dort jahrzehntelang gewütet, die Eier einheimischer Seevögel gefressen und die lokale Artenviel-

falt bedroht.

Im Jahr 2022 hatte ein Team des *Ministeriums für natürliche Ressourcen und Handel* (MNRC) mit Unterstützung des Sekretariats für das *Regionale Umweltprogramm für den Pazifik* (SPREP) und unter Anleitung der weltweit tätigen gemeinnützigen Umweltschutzorganisation „*Island Conservation*“ eine Aktion zur Entfernung invasiver Ratten auf Irooj begonnen.

Im März 2023 wurde das Projekt nach nur einem Jahr Laufzeit zu einem überwältigenden Erfolg erklärt.

„*Die Insel fühlt sich wieder lebendig an*“, sagte Kennedy Kaneko, der nationale Koordinator für invasive Arten der Marshall-Inseln. „*Die sorgfältige Überwachung ergab keinerlei Anzeichen von Ratten auf Irooj. Vielmehr wurden Seevögel und Krebse im Überfluss gefunden.*“

Jahrzehntelang zerstörten invasive Nagetiere auf Irooj die einheimische Artenvielfalt und bedrohten gefährdete Arten, darunter Seevögel, Krebse und andere Tiere, die für das Ökosystem der Insel und des Ozeans wichtig sind. Studien haben gezeigt, dass die Beseitigung solcher Bedrohungen das Gedeihen einheimischer Pflanzen und Tiere ermöglicht, was zu größeren Nährstoffablagerungen führt, die wiederum Land- und Meeresorganismen im gesamten Ökosystem ernähren. Für die lokalen Gemeinschaften, die auf natürliche Ressourcen angewiesen sind, ist es von entscheidender Bedeutung, dass dieser Kreislauf wiederhergestellt und geschützt wird, erklärte Kaneko.

„*Als Land müssen wir alle Register ziehen, um uns an den steigenden Meeresspiegel und den Klimawandel anzupassen*“, sagte John Silk, der Minister für natürliche Ressourcen und Handel. „*Die Bekämpfung der Bedrohung durch invasive Arten ist eine wichtige Aufgabe, der oft nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wir wissen, dass die Beseitigung invasiver Ratten der biologischen Vielfalt zugutekommt, aber wir vergessen oft, dass sie uns helfen kann, die Ernährungssicherheit zu verbessern, das Auftreten vieler Krankheiten zu verringern und gleichzeitig unseren Riffen zu helfen.*“

Das Ministerium für natürliche Ressourcen und Handel plant nun ähnliche Ausrottungsprojekte auf folgenden Inseln: Calalin, Enemakij, Enekokot, Bokaetokot, Lonbikakere und auf dem Knox Atoll.

Info: Die Ausrottungsmaßnahmen waren Teil des regionalen Programms „*Predator Free Pacific*“ im Rahmen des *Pacific Regional Invasive Species Management Support Service* (PRISMSS), bei dem *Island Conservation* die technische Leitung innehat. Die Aktivitäten werden im Rahmen des *GEF 6 Regional Invasive Project* (GEF 6 RIP) finanziert, das darauf abzielt, umfassende nationale und regionale Rahmenwerke für das Management invasiver Arten zu entwickeln und umzusetzen, die dazu beitragen, die Bedrohung der biologischen Vielfalt auf dem Land, im Süßwasser und im Meer durch invasive Arten im Pazifik zu verringern. Das GEF 6 RIP wird von der Globalen Umweltfazilität (GEF) finanziert, vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen umgesetzt und von SPREP durchgeführt.

Island Conservation ist eine der Organisationen, die den Kampf gegen invasive Arten auf Inseln anführt. Die Organisation arbeitet an Standorten auf der ganzen Welt, mit Projekten in Südamerika, Nordamerika, dem Pazifik und dem Indischen Ozean sowie der Karibik, um das Aussterben einheimischer Arten zu verhindern. Sie befasst sich mit einer Vielzahl von invasiven Arten, darunter sowohl Pflanzen als auch Tiere, ist aber auf Wirbeltiere - wie Ratten - spezialisiert. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 40 Inseln in den „*Urzustand*“ zurückzusetzen.

Ratten reisen seit Jahrhunderten als blinde Passagiere auf Schiffen um die Welt. Schätzungen zufolge haben sie 90 % aller Inseln der Welt erreicht - und an vielen der Orte, an denen sie eingedrungen sind, haben sie Schäden angerichtet. Besonders verheerend wirken sie sich auf die Seevogelpopulationen der Inseln aus, von denen viele vor ihrer Ankunft nur wenige oder gar keine natürlichen Fressfeinde hatten. (*Pressemitteilung SPREP 05.03.23, Scientific American 12.05.23, Marshall Islands Journal 19.05.23*)

Unterstützung für Kunsthandwerkerinnen

Der „*National Training Council*“ der Marshall-Inseln hat der lokalen Atoll-Regierung von Namdrik sowie dem „*Namdrik Alele Women's Club*“ ein Darlehen über 34.519 US-Dollar bewilligt. Mit dem Geld sollen 30 Frauen Fortbildungen im traditionellen Mattenweben und Flechten erhalten. Ziel des Programms ist einerseits die Bewahrung traditioneller Kunsthandwerkstechniken auf dem Atoll, sowie andererseits die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten für die Frauen, die ihre Matten und Flechtprodukte in Majuro an Kreuzfahrttourist*innen verkaufen können und so Einkommen für ihre Familien generieren können.

(<https://www.ntcinfo.org/>, *Marshall Islands Journal 02.06.23*)

Mehr Thunfisch für Walmart-Supermärkte?

Ein Jahr nach Beginn der Zusammenarbeit zwischen den fischfangenden Nationen im Nordwestlichen Pazifik (*Parties to the Nauru Agreement, PNA*) und der US-amerikanischen Supermarktkette Walmart, wird sich im Juli in Majuro eine Walmart-Delegation mit Regierungsvertretern sowie Vertretern der *Marshall Islands Marine Resources Authority* (MIMRA) treffen, um über Möglichkeiten der Ausweitung der Zusammenarbeit zu diskutieren.

Im nun zu Ende gegangenen ersten „*Testjahr*“ konnte die lokale Firma „*Pacific Islands Tuna Provisions*“ 11 Millionen Thunfischkonserven der Walmart-Eigenfirma „*Great Value Tuna*“ in die USA exportieren.

MIMRA-Direktor Glen Joseph erhofft sich von den Gesprächen ein neues Abkommen mit Walmart über gesteigerte Exporte von Thunfisch aus den PNA-Gewässern.

Der große Vorteil dieses Thunfisches bestünde in der Fangmethode, erklärte Joseph. Rund um die Marshall-Inseln werde nicht mit Ringwaden gefangen, sondern die Fische würden als sogenannte „*free school*“ ohne *Fish Aggregating Devices* (FAD) gefangen und

könnten so das Gütesiegel des *Marine Stewardship Council* (MSC) erhalten. Immer mehr anspruchsvolle Walmart-Kund*innen in den USA legten Wert auf eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ozeane und kauften daher verstärkt Thunfisch mit dem MSC-Siegel. Hier sähe er große Chancen für den Thunfischmarkt der Marshall-Inseln, zeigte sich Joseph begeistert von der möglichen Verlängerung der Zusammenarbeit mit Walmart.

Info: Die *Parteien des Nauru-Abkommens* (PNA) kontrollieren die weltweit größte nachhaltige Ringwadenfischerei auf Thunfisch. PNA-Mitglieder sind die Förderierten Staaten von Mikronesien, Kiribati, die Marshall-Inseln, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Tuvalu sowie Tokelau.

Walmart Inc. ist ein weltweit tätiger US-amerikanischer Einzelhandelskonzern, der einen großen Teil des US-Marktes beherrscht. Der Supermarkt-Konzern ist in der Liste *Fortune Global 500* auf Platz eins der umsatzstärksten Unternehmen der Welt verzeichnet. Walmart beschäftigt weltweit über zwei Millionen Angestellte und ist damit der größte private Arbeitgeber der Welt. (*Marshall Islands Journal* 02.06.23, <https://www.walmart.com/>, <https://www.pnatuna.com/>)

Neue Botschafterin für Taiwan und Südostasien

Anjanette Kattil ist die neue Botschafterin der Marshall-Inseln für Taiwan sowie nicht-residentielle Botschafterin für die Philippinen, Indonesien, Malaysia, Kambodscha, Vietnam und Singapur. Ihre Amtseinführung erfolgte zum 1. Juni, die offizielle Akkreditierungsurkunde erhielt sie aus den Händen von Präsident David Kabua, der mit seiner Frau Ginger Kabua sowie Minister Christopher Loeack und Parlamentssprecher Kenneth Kedi in seinen Amtssitz geladen hatte.

Kattil arbeitet seit 2005 für die marshallische Regierung im diplomatischen Dienst. Die erfahrene Diplomatin war zuletzt stellvertretende Botschafterin in der Botschaft der Marshall-Inseln in Taiwan, wo

sie seit Jahren mit ihrem Mann und ihren Kindern lebt. Davor war sie Staatssekretärin im Außenministerium der Marshall-Inseln. (*Marshall Islands Journal* 02.06.23, *Wikipedia*)

KIRIBATI

Neues Forschungsprojekt vor der Küste

Der *National Geographic* hat Ende Mai ein neues Forschungsprojekt ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die verschiedenen Lebewesen und Ökosysteme im pazifischen Ozean zu untersuchen, neue Arten ausfindig zu machen und potenzielle Schutzgebiete zu identifizieren. Besonders die Ausrufung von neuen Schutzgebieten sei laut *National Geographic* für das Überleben der pazifischen Inselstaaten von essentieller Bedeutung. Vorherige Forschungsprojekte haben bereits ergeben, dass sich Schutzgebiete um mehrere Pazifikinseln herum rasch erholt und sich Ökosysteme und Fischbestände regeneriert haben. Als weiteren Schwerpunkt der Expedition wollen die Forscher außerdem mehr über die Auswirkungen des Klimawandels erfahren, sowie über damit verwandte Entwicklungen wie das Artensterben, Plastikverschmutzung und Überfischung. *„Die Gesundheit des tropischen Pazifiks ist ein wesentliches Bedürfnis der dort lebenden Menschen und eigentlich aller Menschen auf dem Planeten, denn der Ozean ist ein wichtiger Teil unseres Lebenserhaltungssystems“*, so der Forscher und Leiter des Projekts Enric Sala.

Ein dritter Fokus der Forschungsreise ist das umstrittene Thema Tiefseebergbau. Mit Hilfe von Spezialkameras plant das Team detaillierte Aufnahmen der Unterwasserökosysteme anzufertigen, die als Gebiete für potentiellen Tiefseebergbau zur Debatte stehen. Dadurch soll verdeutlicht werden, dass ein derartiger Eingriff eine ernsthafte Bedrohung für den Artenreichtum in den Tiefen des Pazifiks darstellen würde.

(Artikel von Clara Groth, <https://www.rfa.org/english/news/environment/national-geographic-exhibition-05262023030946.html>)

Initiativen für erneuerbare Energien verändern Energiemarkt

Der Energiemarkt in Kiribati verändert sich derzeit rasant. In seiner nationalen Energiepolitik hat sich der Inselstaat zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 45 % seines Stroms aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen und bis zum Jahr 2030 sogar 60 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Um diese Ziele zu erreichen, arbeitet die Regierung eng mit internationalen Partnern und Organisationen zusammen, um Projekte für erneuerbare Energien im ganzen Land zu entwickeln und umzusetzen.

Ein solches Projekt ist das *Kiribati Solar Energy Project*, das in Zusammenarbeit mit der Weltbank und der *„Global Environment Facility“* durchgeführt wird. Das Projekt zielt darauf ab, photovoltaische Solarsysteme auf den Dächern öffentlicher Gebäude wie Schulen und Krankenhäusern sowie auf Privathäusern zu installieren. Dies soll die Abhängigkeit des Landes von importierten fossilen Brennstoffen verringern, sowie eine zuverlässigere und nachhaltigere Stromquelle für die Inselbewohner*innen schaffen.

Eine weitere Initiative ist das Wasserversorgungsprojekt für das Atoll Süd-Tarawa, das von der Asiatischen Entwicklungsbank und den Regierungen Australiens und Neuseelands finanziert wird. Mit diesem Projekt soll die Wasserversorgung auf Süd-Tarawa, der bevölkerungsreichsten Insel des Landes, verbessert werden, indem Solarenergie zum Betrieb von Wasserpumpen und Wasser-Aufbereitungsanlagen genutzt wird. Sauberes Trinkwasser soll die Gesundheit der Bevölkerung verbessern.

Durch die Investitionen in Projekte für erneuerbare Energien schafft die Regierung neue Arbeitsplätze für die Bevölkerung, insbesondere im Bereich der Installation und Wartung von PV-Solaranlagen. Darüber hinaus trägt die zunehmende Verfügbarkeit von er-

schwinglichem Öko-Strom dazu bei, die Lebensqualität der Inselbewohner*innen zu verbessern, indem sie einen besseren Zugang zu (auch digital angebotenen) Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung erhalten.

(<https://www.energyportal.eu/news/energy-market-in-kiribati/5201/>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Ratifizierung des Welterbe-Übereinkommens

Tuvalu: Am 18. Mai 2023 hat Tuvalu als 195. Vertragsstaat das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (1972) ratifiziert. Mit dieser neuen Ratifizierung nähert sich die UNESCO-Welterbekonvention (*UNESCO World Heritage Convention*) der universellen Anerkennung als eines der am häufigsten ratifizierten Rechtsinstrumente der Welt.

Im Beisein der Generaldirektorin der UNESCO, Audrey Azoulay, hinterlegte Tuvalu, vertreten durch Samuelu Laloni, Sondergesandter der Regierung von Tuvalu, offiziell seine Ratifizierungsurkunde.

Mit der Ratifizierung schließt sich der Pazifikstaat mit seinen rund 10.000 Einwohner*innen einer internationalen Gemeinschaft an, die sich für den Schutz des kulturellen und natürlichen Erbes der Menschheit für künftige Generationen einsetzt. Dazu gehören auch globale Anstrengungen zur Bewältigung der Klimawandelfolgen.

Die UNESCO hat sich im Gegenzug verpflichtet, die Regierung von Tuvalu bei der Identifizierung und Erhaltung des Kultur- und Naturerbes auf den neun Inseln des polynesischen Staates im Rahmen der Welterbekonvention zu unterstützen. (*Pressemitteilung UNESCO 18.05.23*)

Ausbruch löste „äquatoriale Plasmablase“ aus

Tonga: Der Vulkan Hunga Hunga Ha'apai im Königreich Tonga war am 14. und 15. Januar 2022 mit einer gewaltigen Eruption ausgebrochen. Neben einer gewaltigen Gas- und Trümmerwolke löste die Eruption Druckwellen aus, die die gesamte Atmosphäre der Erde durchzogen, einen bis nach Alaska zu hörenden Überschallknall verursachten und einen Tsunami auslösten, der über nahe gelegene Inseln hinwegfegte.

Das Ereignis war für Wissenschaftler, die sich mit schwer fassbaren atmosphärischen Phänomenen befassen, besonders interessant. Eine Vielzahl von Satelliten überwachte die Auswirkungen des Ausbruchs. Seitdem haben Forscher*innen eine große Anzahl von Arbeiten über die Reaktion der Atmosphäre auf den Ausbruch veröffentlicht, wie David Themens erklärte, ein Weltraumwetterforscher an der Universität von Birmingham (England).

In einer jetzt veröffentlichten Forschungsarbeit nutzten japanische Wissenschaftler Daten von zwei Satelliten, um die riesige „äquatoriale Plasmablase“ zu verstehen, die sich nach der Eruption des Vulkans gebildet hatte. Plasmablase sind Regionen mit einer viel geringeren Dichte geladener Teilchen als sie normalerweise in der oberen Atmosphäre zu finden sind. Diese „Plasmablase“ bilden sich normalerweise, wenn verschiedene Arten von Wellen in der Atmosphäre den unteren Rand der Ionosphäre destabilisieren - einer Schicht der Erdatmosphäre, die sich Hunderte von Kilometern über der Planetenoberfläche erstreckt und von geladenen Teilchen dominiert wird. Die Forscher gehen davon aus, dass der Tonga-Ausbruch Druckwellen erzeugte, die den Druck eines Materials - in diesem Fall Luft - steigen und fallen ließen. Dieser Vorgang löste die Bildung einer solchen Blase in der Nähe des Äquators aus.

Die neue Studie ergab, dass die Blase etwa 2.000 Kilometer hoch war und eine Fläche von 670.000 Quadratkilometern bedeckte, so

der Hauptautor Atsuki Shinbori, Assistenzprofessor für Weltraum- und Planetenwissenschaften an der Universität Nagoya in Japan. Ebenso wie viele Kolleg*innen aus der Forschung zeigte sich der Professor begeistert von den Ergebnissen der aktuellen Studie. *„In der Ionosphärenforschung haben wir keine Laborexperimente, weil wir uns in einer Umgebung befinden, die wir nicht kontrollieren können. Daher ist ein extremes, gut untersuchtes Ereignis wie dieser Vulkanausbruch so etwas ähnliches wie ein Laborexperiment. Wir können physikalische Phänomene erforschen, die wir sonst nie hätten erforschen können“*, erklärte Wetterforscher Themens. (*Scientific American 06.06.23*)

Erste Landwirtschaftsausstellung nach Corona

Tonga: Erstmals seit drei Jahren hat Mitte Juni in Tongatapu wieder die mehrtägige königliche Landwirtschafts-, Fischerei-, Tourismus- und Handelsmesse stattgefunden. An der feierlichen Eröffnung dieser ersten Messe nach der Corona-Pandemie nahmen König Tupou VI. und Königin Nanasipau'u sowie Kronprinzessin Sinaitakala teil.

In diesem Jahr stand die Veranstaltung unter dem Motto *„Recovering from Hunga-Tonga Hunga-Ha'apai“* und stellte die Arbeit von Landwirten, Fischern, Handwerkern und lokalen Unternehmen vor. Der König verlieh Preise für die besten Aussteller in jeder Kategorie.

Lord Fohe, Minister für Landwirtschaft und Fischerei, berichtete, dass die Kava-Exporte von Tonga nach Australien auf einem neuen Höchststand seien. Gleichzeitig seien die Lebensmittelimporte nach Tonga hoch und kosteten das Königreich jährlich 120 Millionen Dollar. Als Lösung schlug er vor, die Landwirtschaft zu verbessern und die Exporte nach Übersee zu einem niedrigeren Preis zu tätigen.

Info: Im Juni und Juli finden separate Landwirtschaftsausstellungen für die äußeren Inselgruppen statt. (*Matangi Tonga 11.06.23*)

Weniger Geld für Fluglinie

Samoa: Zum 30. April 2023 hat die samoanische Regierung ihren Haushalt für 2023/2024 verabschiedet und darin der staatlichen Fluglinie „*Samoa Airways*“ vier Millionen Tala (1,47 Mio. USD) zugewiesen. Dieser Betrag stellt eine beträchtliche Kürzung der Mittel im Vergleich zum vorherigen Haushaltsjahr dar (6 Mio. Tala).

In den Haushaltsunterlagen heißt es, die Mittel seien eine „Unterstützung“ für die staatliche Fluggesellschaft und würden über das Ministerium für öffentliche Unternehmen bereitgestellt.

Die Mittel sollen das Wachstum der Fluggesellschaft unterstützen und einige ihrer Schulden begleichen, darunter nicht gezahlte Steuern der Beschäftigten, Gebühren der *Accident Compensation Corporation* und die Rückerstattung von Flugtickets während der Corona-Pandemie.

Info: Die *Samoa Airways* verfügt derzeit über eine Flotte von drei DHC-6-300-Maschinen. Von ihrem Drehkreuz Apia aus fliegt sie die Insel Maota Savai'i sowie Ziele im benachbarten Amerikanisch-Samoa an. Nach der kürzlichen Wiedereröffnung des Flughafens Apia Fagali'i soll *Samoa Airways* auch die Wiederaufnahme von Flügen dorthin in Erwägung ziehen.

(<https://www.ch-aviation.com/portal/news/128337-samoa-airways-awarded-147mn-in-state-funding>)

US-Unterstützung für Marine-Schule

Samoa: Die „*California State University Maritime Academy*“ (CAL) hat der *National University of Samoa (NUS) School of Maritime* im Rahmen der laufenden Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Samoa auf dem Gebiet der maritimen Sicherheit und Bildung Navigations- und Kommunikationsausrüstung gespendet. Die Ausrüstungsgegenstände waren an Bord des US-amerikanischen Ausbildungsschiffes „*Golden Bear*“, das auf seiner letzten Sommer-Übungsfahrt Halt in Samoa machte. US-Kapitänin Bannister übergab persönlich einen

Teil der acht Paletten umfassenden Spende an den stellvertretenden Rektor der NUS, Peseta Desmond Lee Hang.

Zu den Ausrüstungsgegenständen gehören Rettungswesten, Feuerlöschschläuche, Schwimmwesten, Laptops und Tauchanzüge, die die Ausbildungsmöglichkeiten der Schule verbessern und es den Schülern ermöglichen sollen, praktische Fertigkeiten in modernen Navigations- und Kommunikationstechnologien zu erwerben.

Die Studierenden der *School of Maritime* bedankten sich mit Gesang und Tanz und überreichten samoanisches Kunsthandwerk als Geschenk an Kapitänin Bannister sowie an die Besatzung und die Kadetten der „*Golden Bear*“. (Pressemittteilung CAL Maritime Juni 2023)

Neuer Botschafter

Samoa: Gareth Keith Hoar wurde zum britischen Hochkommissar für Samoa ernannt. Er trat am 1. Juni die Nachfolge von David Ward an, der in einen anderen diplomatischen Dienst gewechselt hatte.

Gareth trat 1984 in den diplomatischen Dienst ein und arbeitete zunächst in der britischen Botschaft in Peking als Handelsattaché (1986-1988), gefolgt von Einsätzen in Santiago und Washington. Er kehrte 1997 als Vizekonsul nach China zurück, half bei der Wiedereröffnung des britischen Generalkonsulats in Guangzhou und berichtete über wirtschaftliche und politische Themen in Südchina. Nach seiner Versetzung an die britische Botschaft in Peking 2002 unterstützte Gareth britische Finanzdienstleistungsunternehmen beim Markteintritt nach Chinas Beitritt zur WTO.

Von 2005-2007 leitete er das Team für bilaterale Beziehungen zu China im *Foreign & Commonwealth Office* in London. Nach einer Abordnung an das *City of London's Economic Development Office* kehrte Gareth 2008 als stellvertretender Direktor von *UK Trade & Investment* nach Peking zurück. Zwischen 2012 und 2016 war Gareth britischer Generalkonsul im australischen Melbourne.

2017 wurde Gareth Minister-Counsellor und Direktor in der Abteilung für internationalen Handel an der britischen Botschaft in Peking. Er leitete bis dato ein Team, das Exportmöglichkeiten für britische Unternehmen in den Bereichen Kreativwirtschaft, Konsumgüter und Bildung fördert und deren Geschäftsentwicklung in China unterstützt.

(Pressemittteilung UK Government 11.04.23, <https://www.gov.uk/government/people/gareth-hoar>)

Legalisierung der Homosexualität

Cook-Inseln: Auf den Cook-Inseln mit ihren rund 17.000 Einwohner*innen sind seit dem 12. April 2023 gleichgeschlechtliche Beziehungen nicht mehr strafbar. Das Parlament segnete einen Zusatzartikel im entsprechenden Gesetz (*Crimes (Sexual Offences) Amendment Bill 2023*) ab.

Das Änderungsgesetz wurde von der von der *Cook Islands Party* geführten Koalitionsregierung und der Oppositionsführerin Tina Browne unterstützt. Die Vorsitzende der *Cook Islands United Party*, Teariki Heather, und der Abgeordnete der *Democratic Party*, Vaitoti Tupa, sprachen sich während der Debatte gegen den Gesetzentwurf aus, konnten sich jedoch nicht durchsetzen.

Bisher konnten homosexuelle Handlungen mit Haftstrafen von bis zu fünf Jahren geahndet werden. Der Premierminister der Cook-Inseln, Mark Brown, sprach in einem Facebook-Post von einem „*historischen Tag*“ im Parlament. Seine Regierung habe ihr Versprechen erfüllt, „*die Diskriminierung der LGBTQI-Gemeinschaft in unserer Gesellschaft zu beenden*“.

Die Mitglieder der LGBTQI-Gemeinde auf den 15 Inseln der Cook-Inseln feierten den Parlamentsentscheid enthusiastisch.

Info: Die Cook-Inseln sind ein unabhängiger Staat in freier Assoziation mit Neuseeland. Die Einwohner*innen des Landes sind Bürger Neuseelands, haben aber eine ei-

gene Regierung und ein eigenes Parlament.

Homosexualität steht derzeit noch in Samoa, Tonga, Papua-Neuguinea und auf den Salomonen unter Strafe, wobei mögliche Haftstrafen selten umgesetzt werden. (Cook Islands News 14.04.23, Tagesspiegel 17.04.23, <https://www.maenner.media/gesellschaft/ausland/postkolonialismus-cookinself-befreien-sich-vom-homophoben-erbe/>)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Unabhängigkeits- befürworter gewinnen Territorialwahlen- neuer Präsident gewählt

Frz.-Polynesien: Die Partei der Unabhängigkeitsbefürworter (*Tavini Huiraatira*) hat am Sonntag, den 30. April, die zweite Runde der Territorialwahlen in Französisch-Polynesien gewonnen und wird das französische Überseegebiet zum ersten Mal seit Jahrzehnten mit einer stabilen Mehrheit regieren. Nachdem die Unabhängigkeitsbefürworter in den letzten Jahren immer wieder von Allianzen und Meinungsverschiedenheiten überholt wurden, waren sie seit der Gründung der Partei im Jahr 1977 noch nie für eine volle Amtszeit an der Macht. Nun hat die Partei 19 zusätzliche Sitze gewonnen und verfügt somit über eine solide Mehrheit für die fünfjährige Amtszeit: *Tavini* gewann insgesamt 38 der 57 Sitze in der Territorialversammlung.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Hohen Kommission erhielt die *Tavini*-Partei des ehemaligen Präsidenten Oscar Temaru 44,3 % der Stimmen gegenüber 38,5 % für die vom derzeitigen Präsidenten Edouard Fritch geführte Liste. Der ehemalige Vizepräsident Nuihau Laurey erhielt 17,2 % der Stimmen. Temarus Liste war vor der zweiten Wahlrunde in einer starken Position. Experten gingen davon aus, dass die Partei von einem großen Teil der Wählerstimmen der unterschiedlichen Parteien profitieren könnte, die alle gegen den amtierenden Präsidenten Fritch kämpf-

ten. Dieser steht dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron nahe.

„Die Polynesier haben für einen Wechsel gestimmt“, twitterte der französische Innenminister Gérald Darmanin. „Die Regierung erkennt diese demokratische Entscheidung an. Wir werden mit der neu gewählten Mehrheit engagiert und konsequent daran arbeiten, das tägliche Leben unserer polynesischen Mitbürger weiter zu verbessern.“

Fritch und die scheidende Regierung zahlten den Preis für ihre schlechte Kommunikation während der Covid-19-Pandemie. Trotz einer eher positiven Wirtschaftsleistung wurde die hohe Inflation, die Polynesien im Jahr 2022 erlitt (8,5 Prozent), auf Fritchs Regierungsführung zurückgeführt. Wähler*innen zeigten sich vor allem unzufrieden mit der neuen Mehrwertsteuer, die eingeführt wurde, um das lokale Sozialversicherungssystem zu stärken.

Die Territorialversammlung (*Assemblée*) von Französisch-Polynesien - bestehend aus 57 Mitgliedern, die für fünf Jahre gewählt werden - hat Mitte Mai in geheimer Wahl den Politiker und Schriftsteller Moetai Brotherson zum neuen Präsidenten des Gebiets gewählt. Bei der Wahl in der Territorialversammlung erhielt Brotherson 38 Stimmen und setzte sich damit gegen Edouard Fritch von der Partei *Tapura Huiraatira* durch, der 16 Stimmen erhielt. Fritch führte das Land in den letzten neun Jahren als Präsident. Nicole Sanquer von der Partei *A Here la Porinetia*, die sich als erste Frau um das Präsidentenamt beworben hatte, erhielt drei Stimmen. Ein vierter Kandidat, Benoit Kautai, ein *Tapura*-Mitglied von den Marquesas-Inseln, zog seine Kandidatur wenige Minuten vor der Abstimmung zurück.

In seiner ersten Ansprache als neuer Präsident von Französisch-Polynesien rief Brotherson zur Achtung der politischen Institutionen und der Beziehungen zum Mutterland Frankreich auf. Er sagte, er werde im Juni zu Gesprächen mit der französischen Regierung nach

Paris reisen.

Brotherson erklärte weiter, dass er sich nicht in der Lage sieht, ein Referendum über die Unabhängigkeit von Frankreich in den nächsten fünf Jahren zu erreichen, aber möglicherweise in 10 bis 15 Jahren. Nicht die Unabhängigkeit von Frankreich, sondern die weitere Unterstützung der Opfer der Überschwemmungen vor einigen Wochen sei nun die dringendste Herausforderung für die neue Regierung, so der Präsident vor der Versammlung.

Das Streben nach Unabhängigkeit, das der zentrale Grundsatz der Partei *Tavini Huiraatira* ist, wurde von Brotherson wiederholt als langfristiges Ziel genannt, aber wie seine Vorgänger hat er es nicht eilig, ein Referendum einzuberufen.

Info: Moetai Brotherson wurde am 22. Oktober 1969 auf einer Schiffsreise von der Insel Ua Pou nach Tahiti geboren. Sein englisch-schottischer Vater war Krankenpfleger und hatte mehrere Jahre auf der Krankenstation von Ua Pou gearbeitet, seine polynesische Mutter war Lehrerin.

Brotherson studierte Informatik an der E.I.S.T.I. (*École Internationale des Sciences du Traitement de l'information*), das er 1991 mit einem *Master of Computer Science* am Florida Institute of Technology abschloss. Anschließend arbeitete er bei IT-Unternehmen in Melbourne (Florida), Paris, Tokio und Gütersloh. Von 1999 war er in New York als Systemarchitekt bei *Bertelsmann Media Systems* beschäftigt. Am 11. September 2001 hatte er einen geschäftlichen Termin bei Siemens in einem der Zwillingstürme des World Trade Centers. Kurz nach den Terroranschlägen verließ er New York, trotz seines guten Gehalts, um sich und seine Familie auf Tahiti in Sicherheit zu bringen, wo er die Leitung der Post und Telekommunikation von Französisch-Polynesien (OPT) übernahm.

Brotherson schreibt seit seiner Kindheit lyrische Texte und hat einige Bücher publiziert. Der 53-jährige ehemalige Rugby-Stützpunktspieler, dessen beide Arme mit traditionellen Tätowierungen geschmückt sind, hatte bereits

2017 einen bleibenden Eindruck hinterlassen, als er in der französischen Nationalversammlung anlässlich einer Sitzung den "Lavalava" trug - einen traditionellen Wickelrock, der im Palais-Bourbon von Paris noch nie zuvor getragen worden war.

Als Mitglied der kommunistischen Fraktion "*Gauche démocrate et républicaine - Nupes*" (Demokratische und republikanische Linke - Nupes) hat er in der Atomfrage oder bei der Rentenreform seine entschiedene Opposition gegen die Regierung zum Ausdruck gebracht.

Moetai Brotherson ist Vater von fünf Kindern und bereits Großvater. Er ist in zweiter Ehe mit Teua Temaru verheiratet, der Tochter von Oscar Temaru und ehemaligen Umweltministerin in der Regierung unter Gaston Flosse. (*Le Monde* 01.05.23, *Le Parisien* 13.05.23, *Pacific News Service* 16.05.23, *Radio NZ Intern.* 16.05.23)

Oscar Temaru nach Berufung freigesprochen

Frz.-Polynesien: Am 24. Mai ist der 78-jährige mehrfache Ex-Präsident von Französisch-Polynesien, Oscar Temaru, vom Berufungsgericht in Pape'ete nach neun Jahren turbulenten Verfahrens freigesprochen worden.

Dem seit 40 Jahren amtierenden Bürgermeister von Fa'a, einer Gemeinde auf der Insel Tahiti, wurde vorgeworfen, eine „*illegale Interessensnahme*“ gepflegt zu haben. Angeblich habe er sich von seiner Stadtverwaltung „*Radio Tefana*“ finanzieren lassen – einen kleinen städtischen Radiosender, der sich in seinen Sendungen pro-aktiv für die Unabhängigkeit Französisch-Polynesiens aussprach und wiederholt die Folgen der französischen Atombombentests im Pazifik kritisierte. Der Radiosender soll auch für Temarus diverse Präsidentschaftskandidaturen geworben haben.

Temaru war am 10. September 2019 zu einer sechsmonatigen Haftstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe von fünf Millionen Pazifik-Francs (42.000 €) verurteilt worden, nachdem die Generalstaatsanwaltschaft eine Voruntersuchung

angeordnet hatte, die allerdings noch gar nicht abgeschlossen war. Die Verantwortlichen des Radiosenders wurden zu Bewährungsstrafen und hohen Geldstrafen verurteilt, die die Schließung des kommunalen Senders zur Folge hatte.

Das Berufungsverfahren wurde fünfmal vertagt, bis es schließlich nach tausend juristischen Irrungen und Wirrungen am 27. Februar 2023 eröffnet werden konnte unter Leitung von Richter Karim Sekaki, der sachlich und konzentriert durch das Verfahren führte und am 25. Mai die Freisprechung Temarus von allen Vorwürfen verkündete. Die strafrechtliche Verurteilung aus dem Jahr 2019 wurde rückwirkend annulliert. (*Le Monde* 25.05.23, *Globe Wolds Echos* 25.05.23)

Ein Viertel der Bevölkerung hat Corona

Pitcairn: Mehr als ein Viertel (d.h. 10 Menschen) der Einwohner*innen von Pitcairn waren Ende Mai mit Covid-19 infiziert, das wahrscheinlich von einem Kreuzfahrtschiff auf die isoliert gelegene Insel gebracht wurde. Der Ausbruch der Viruserkrankung hat die Behörden gezwungen, öffentliche Einrichtungen zu schließen, darunter auch den einzigen Insel-Laden, um eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Yachten und Kreuzfahrtschiffe dürfen bis auf weiteres nicht mehr im Hafen anlegen.

Pitcairn hatte seine Grenzen für die Dauer der Pandemie für Außenstehende geschlossen, um die Insel virusfrei zu halten. Das hatte gut funktioniert, die Insel blieb coronafrei. Die Grenzbeschränkungen wurden im April letzten Jahres gelockert. Der erste Fall wurde dann im Juli 2022 verzeichnet, als ein Pitcairner, der zur medizinischen Behandlung ausgewandert war, bei seiner Rückkehr positiv getestet wurde.

Ein Ausbruch der Krankheit ist problematisch, weil viele Bewohner*innen der Insel älter sind und das nächste Krankenhaus in Französisch-Polynesien liegt. Es gibt keine Flugzeug-Landebahn und die

Insel ist für die meisten Hubschrauber unerreichbar.

Ein Sprecher der Inselgouverneurin sagte, dass die meisten Bewohner*innen geimpft seien und man die Infizierten isoliere. Der einzige Arzt der Insel überwache die Patient*innen und stehe in engem Kontakt mit der britischen Gesundheitsbehörde, erklärte er.

Info: Die Pitcairn-Inseln sind ein britisches Überseegebiet, das von Neuseeland aus verwaltet wird. Derzeit ist Frau Iona Thomas, die auch britische Hochkommissarin in Wellington (Neuseeland) ist, die Gouverneurin der vier Inseln, von denen nur die größte bewohnt ist. Die Bevölkerung der winzigen Insel im östlichen Pazifik schwankt, da die Bewohner*innen aus Gründen wie medizinischer Behandlung und Ausbildung kommen und gehen. Derzeit leben vermutlich 36 Menschen auf der Insel. (*Stuff Nz* 03.05.23, *Wikipedia*)

Französische Künstlerin gestaltete Glasfenster

Rapa Nui: Die französische Künstlerin Delphine Poulain (52) hat Ende 2021 der katholischen Gemeinde von Rapa Nui ein Geschenk gemacht: Sie gestaltete 14 Glasfenster für die katholische Kirche *Holy Cross* in Hanga Roa, der Hauptstadt der Insel. Die Fenster zeigen die 14 Stationen des Kreuzwegs Jesu.

In ihrer Bildersprache benutzte Poulain traditionelle Elemente der Kultur der Rapa Nui und glich ihre Fenster an die anderen christlichen Kunstwerke in der Kirche an. Die Marienstatue in der Nähe des Altars ähnelt einem Moai. Das Symbol der Heiligen Dreifaltigkeit in der Nähe des Haupteingangs ist keine Taube, sondern ein Manutara, ein Vogel, der im 19. Jahrhundert auf der Insel als heilig galt.

Auf Poulains Glasfenstern befinden sich Figuren, die „echten“ Bewohner*innen der Insel nachempfunden sind.

Info: Delphine Poulain kam erstmals 1994 auf die Insel und verliebte sich dort. Nach diversen beruflichen Stationen als Berufssegerlin

zwischen den polynesischen Inseln, Krankenschwester in Frankreich und Bootsdekorateurin zog sie 2014 nach Rapa Nui, heiratete ihren Jugendfreund und bekam zwei Kinder.

Es sei nicht leicht gewesen, die Akzeptanz der Einheimischen zu gewinnen, aber sie habe viel Geduld gehabt, erklärte Poulain. Ihre Glasfenster seien ein weiterer Schritt auf dem Weg ihrer Integration in die aus rund 7.750 Menschen bestehende Inselgemeinschaft gewesen: Seit sie diese am 24. Dezember 2021 in der Kirche angebracht hätte, winkten ihr einige Rapanui, die sie vorher nie begrüßt hätten, nun zu und grüßten sie freundlich.

Die Künstlerin, die kein formales Kunststudium absolvierte, arbeitet in ihrem Atelier in Hanga Roa. Für die Glasfenster der Kathedrale nutzte sie u.a. ein Farbpigment, das nur in Frankreich erhältlich war. (Daily Times 03.01.23, https://ground.news/article/french-born-artist-finds-inspiration-on-remote-easter-island_8bf932)

HAWAI'I

Neue Höchstwerte bei CO₂-Konzentration

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist gemäß der Messung auf dem Berg Mauna Loa (Hawai'i) in diesem Frühling so hoch wie nie seit Messbeginn. Im April erreichte die Messung sogar neue Höchstwerte. So wurde etwa am 28. April 2023 eine CO₂-Konzentration von 425.01 ppm gemessen.

Dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre gerade im Frühling einen neuen Höchstwert erreicht, ist kein Zufall. Der Höchstwert eines jeweiligen Jahres wird immer im Frühling erreicht, der Tiefpunkt jeweils im Herbst. Deshalb gibt es in der langjährigen Messreihe von Mauna Loa einen typischen wellenartigen Verlauf. Der Grund für diesen Jahresgang der CO₂-Konzentration ist die üppige Vegetation auf der Nordhalbkugel. Diese hat mehr Kontinente bzw. mehr Landfläche als die Südhalbkugel und somit auch mehr Vegetation.

Im Sommer nimmt die Vegetation viel CO₂ auf. Die CO₂-Konzentration sinkt deshalb bis auf ein Minimum im Herbst. Und im Winter, während die Vegetation ruht, wird kein CO₂ mehr aus der Atmosphäre genommen. Die Vegetation gibt sogar wieder CO₂ ab und somit steigt die CO₂-Konzentration bis zum Maximum im Frühjahr wieder an.

Info: Seit Beginn der Industrialisierung hat die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre um über 50 % zugenommen, der Trend ist steigend. Die CO₂-Messung auf Mauna Loa auf einer Höhe von 3.390 m besteht seit über 60 Jahren, genauer seit dem Jahr 1958. Der Vorteil des Messtandortes ist, dass die Station fernab jeglicher „Zivilisation“ ist und man damit ungestört messen kann. Zivilisationsnahe Einrichtungen wie Städte, Industrieanlagen, Abgase von Verbrennungsmotoren etc. stören die Messung. Auf Mauna Loa stören nur Vulkanentgasungen, welche aber aus den Messdaten abgelesen und korrigiert werden können. (SRF Meteo 03.05.23)

Neues Teleskop liefert Sonnenbilder

Das Daniel-K.-Inouye-Sonnenteleskop (*Daniel K. Inouye Solar Telescope*, DKIST) auf dem Vulkan Haleakala (Hawai'i) befindet sich noch in der Phase der Inbetriebnahme. Dennoch hat das Teleskop bereits Mitte Mai beeindruckende Bilder der Sonne geliefert. Auf den sehr detaillierten Bildern sind Sonnenflecken zu erkennen. Sonnenflecken sind dunkle und kühle Regionen des Sterns. Sie befinden sich in der Fotosphäre, einer der äußeren Schichten der Sonne.

Gruppen von Sonnenflecken könnten etwa für koronale Massenauswürfe – das sind Eruptionen der Sonne, bei denen Plasma austritt – sorgen, die Sonnenstürme bringen könnten. Diese wiederum können Auswirkungen bis auf die Erde haben.

Insgesamt nehmen die Aktivitäten der Sonne gerade zu, da sie sich ihrem Höhepunkt im elfjährigen

Zyklus nähert. Das ist das Sonnenmaximum, bei dem sich die Pole umkehren. Erwartet werde es laut der Nachrichten-Website *Futurism* für 2025, dann nehme die Aktivität wieder ab.

Die bisher veröffentlichten Aufnahmen seien nur ein kleiner Teil der gewonnenen Daten. Außerdem hatte das neue Teleskop bereits im vergangenen Jahr beeindruckende Bilder der Sonne geliefert. Die Forscher*innen erwarten zukünftig detailliertere Aufnahmen der Sonne.

Info: Das Sonnenteleskop wurde am 10. und 12. Dezember 2019 erstmals betrieben. Am 23. Februar 2022 wurde nach einer mehrere Jahre dauernden Probephase die erste wissenschaftliche Beobachtung durchgeführt. Das Teleskop ist benannt nach Daniel K. Inouye, der von 1963 bis zu seinem Tod US-Senator für den Bundesstaat Hawai'i war.

Baubeginn des Teleskops war bereits 2012, doch aufgrund mehrjährigen Widerstands und Protestkundgebungen indigener Hawai'ianer*innen an der Zufahrtsstraße auf den Berggipfel stockte der Baufortschritt. Für die Indigenen ist der Vulkan Haleakala eine heilige Stätte und sie betrachten das Teleskop als „Entweihung“ des Berges. Geleitet wird das weltweit leistungsstärkste Sonnenteleskop übrigens von dem deutschen Astrophysiker Thomas Rimmele aus Hegau.

(<https://phys.org/news/2023-05-images-daniel-inouye-solar-telescope.html>, <https://futurism.com/the-byte/close-up-sun-weird>, Wikipedia)

Zuschuss soll Ursachen für gesundheitliche Ungleichheiten beseitigen

Die in San Francisco (USA) ansässige „*Stupski Foundation*“ gab kürzlich bekannt, dass sie Mittel für die Gesundheitszentren Hana Health, Hawaii Island Community Health Center, Kalihi-Palama Health Center, Kokua Kalihi Valley Comprehensive Family Services, Lanai Community Health Center, Malama I Ke Ola und Waimanalo

Health Center bereitstellen will. Die Stiftung will 15 Millionen US-Dollar unter diesen 15 Einrichtungen verteilen. Der Gesundheitsbeauftragte der Stiftung für Hawai'i erklärte, dass die vierjährige, nicht zweckgebundene, Finanzierung es den Empfängern ermöglichen soll, weit über den Bewilligungszeitraum hinaus mehr gesundheitliche Chancengleichheit und bessere soziale Ergebnisse für die Patient*innen zu erzielen.

Nach Angaben der Stiftung versorgen die Gesundheitszentren fast 30.000 indigene Hawai'ianer*innen und andere Pazifikinsulaner*innen. Sie konzentrieren sich auf die Beseitigung gesundheitlicher Ungleichheiten bei Menschen, die von Armut und Rassismus betroffen sind.

Obwohl Hawai'i in Bezug auf den Gesundheitszustand seiner Einwohner*innen landesweit oft einen Spitzenplatz einnimmt, sind die Bedingungen je nach Stadtviertel, ethnischem Hintergrund, Einkommen und anderen demografischen Merkmalen sehr unterschiedlich. Das *Hawaii Island Community Health Center* erklärte, es werde sich vorrangig um die Verbesserung der medizinischen und verhaltensbezogenen Gesundheit von Kindern kümmern, insbesondere in Risikogruppen. Viele Familien auf Big Island haben Schwierigkeiten, ihre Kinder zu Arztterminen zu bringen, entweder wegen der großen Entfernungen oder aus Zeitgründen, erklärte Victoria Hanes, die Leiterin des Zentrums. Auch die hohen Benzinkosten können ein Hindernis darstellen. (*Honolulu Civil Beat* 28.05.23)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Anspruch auf Gesundheitsversorgung

Neuseeländische Staatsangehörige, die permanent auf den Cook-Inseln, Niue und Tokelau leben und sich nur vorübergehend in Neuseeland aufhalten, haben während ihres Aufenthaltes vollen Anspruch auf öffentlich finanzierte Gesund-

heits- und Behindertenleistungen in Neuseeland.

Diese Anspruchsberechtigung für alle öffentlich finanzierten Gesundheitsleistungen in Neuseeland wird durch den „*The New Zealand Public Health and Disability Services Act*“ aus dem Jahr 2000 bestimmt.

Die auf den mit Neuseeland assoziierten Pazifik-Inseln lebenden Menschen müssen für die Inanspruchnahme der Krankenkassenleistungen die gleichen Gebühren bezahlen wie die in Neuseeland lebenden Menschen, allerdings ist die Inanspruchnahme von Kassenleistungen meist mit einer längeren Wartezeit verbunden, wie das Gesundheitsministerium mitteilte.

Einwohner*innen der Cook-Inseln, Niue und Tokelau, die keine neuseeländischen Staatsbürger sind, haben keinen Anspruch auf öffentlich finanzierte Gesundheits- und Behindertenleistungen in Neuseeland, es sei denn, sie erfüllen andere Anspruchsvoraussetzungen. Nicht-neuseeländische Staatsangehörige, einschließlich der Staatsangehörigen anderer pazifischer Inselstaaten, die in Neuseeland leben oder vorübergehend zu Besuch sind, müssen eine der Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, um Zugang zu öffentlich finanzierten Gesundheits- und Behindertenleistungen zu erhalten.

Diese Regelungen wurden kürzlich vom neuseeländischen Gesundheitsministerium veröffentlicht, um einen „Krankentourismus“ von Pazifikstaaten nach Neuseeland zu regulieren. (*Te Whatu Ora- Health New Zealand online*)

Pacific Mission 2023

Im Rahmen ihrer ersten Post-Corona-Dienstreise auf die Salomonen und in weitere Pazifikstaaten unter dem Motto „Pacific Mission 2023“ hat Carmel Sepuloni, die stellvertretende Premierministerin von Neuseeland, die finanzielle Unterstützung von Projekten im Pazifikraum zugesagt. Im Rahmen ihrer Delegationsreise besuchte die Vize-Premierministerin die Salomonen, Tonga und Fidschi.

Etwas mehr als 20 Millionen Dollar werden in Projekte auf den Salomonen fließen, die zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Unterstützung der lokalen Jugend und zur Verbesserung der Einrichtungen für die bevorstehenden Pazifikspiele beitragen werden.

15 der bewilligten 20 Millionen US-Dollar sollen in den bereits bestehenden regionalen Fonds für die Entwicklung der einzelnen Provinzen der Salomonen fließen. Die Finanzspritze soll die Entwicklung und Verbesserung der Klimaanpassungspläne und -projekte lokaler Gemeinden unterstützen.

Neben der Finanzierung von Projekten gegen die Klimawandelfolgen kündigte die neuseeländische Regierung auch die Bereitstellung von insgesamt drei Millionen US-Dollar an, um die Pazifikspiele 2023 im November des Jahres für Menschen mit Behinderungen zugänglicher und inklusiver zu machen. Diese Mittel sind für die Modernisierung der Einrichtungen und Austragungsorte bestimmt, die für Menschen mit Behinderungen – Sportler*innen und Zuschauer*innen gleichermaßen - zugänglicher gemacht werden sollen. Ein Teil des Geldes wird auch für den Kauf von Sportgeräten verwendet. Weitere 2,4 Millionen Dollar wurden für die Unterstützung von Jugendlichen auf den Salomonen angekündigt, die weder eine Ausbildung noch einen Arbeitsplatz haben oder sich noch in der Ausbildung befinden.

In ihrer ersten großen Rede in ihrer neuen Funktion sagte die Ministerin für die Völker des Pazifiks, Barbara Edmonds, dass die Finanzmittel die Entwicklung und Durchführung von Programmen und Kursen auf den Salomonen und in Tonga unterstützen werden. Sie bestätigte, dass das Geld in ein neu gegründetes regionales Jugendprogramm für Engagement, Empowerment und wirtschaftliches Engagement von Jugendlichen im Pazifik investiert werden soll.

Auf den Salomonen leben nach Angaben aus dem Jahr 2021 etwas mehr als 700.000 Menschen. Etwa 70 Prozent dieser Bevölkerung sind unter 35 Jahre alt.

In Tonga traf sich Sepuloni mit Mitgliedern des Parlaments. Bei diesen Gesprächen ging es überwiegend um den parlamentarischen Austausch und die gute zwischenstaatliche Zusammenarbeit. (NZ Herald 18.04.23, Pressemitteilung Parlament Tonga 21.04.23)

Wahlüberprüfungskommission empfiehlt Änderungen

Das neuseeländische Wahlsystem muss grundlegend geändert werden, etwa durch ein niedrigeres Wahlalter von 16 Jahren, um die Demokratie zugänglicher zu machen, wie aus einem Anfang Juni veröffentlichten Berichtsentwurf hervorgeht.

Der Bericht ist Teil einer unabhängigen Überprüfung durch eine Wahlüberprüfungskommission (NZ Electoral Review), die von der neuseeländischen Regierung im Jahr 2021 in Auftrag gegeben wurde, um sicherzustellen, dass die parlamentarischen Regeln weiterhin zeitgemäß und aktuell sind.

Die Kommission schlägt weitreichende Änderungen vor, u.a. die Änderung der Finanzierungsregeln, die Verlängerung der Legislaturperiode und die Senkung der Schwelle für den Einzug politischer Parteien ins Parlament.

„Obwohl viele Bestandteile des neuseeländischen Wahlsystems in Aotearoa gut funktionieren, sind wir der Meinung, dass es noch besser sein könnte“, sagte Deborah Hart, Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses.

Der neuseeländische Oberste Gerichtshof hatte z.B. im Jahr 2022 entschieden, dass das Wahlalter von derzeit 18 Jahren auf 16 Jahre herabgesetzt werden sollte, aber die Pläne für dieses Gesetz wurden von der derzeitigen Regierung gestoppt, da sie nicht über die erforderlichen Stimmen verfügte, um die Senkung des Wahlalters durchzusetzen.

In dem Berichtsentwurf wurde jetzt angeregt, das Wahlalter zügig auf 16 Jahre abzusenken, unabhängig vom ‚Reifegrad‘ der wahlberechtigten Jugendlichen.

Zu den weiteren Empfehlungen gehören das Wahlrecht für alle Gefängnisinsassen und der Vorschlag, ein Referendum über die Verlängerung der Legislaturperiode von derzeit drei Jahren abzuhalten.

Der endgültige Bericht der Kommission soll erst im November veröffentlicht werden und wird nach den Wahlen vom 14. Oktober zunächst öffentlich vorgestellt. Noch bis 17. Juli haben die Bürger*innen Neuseelands übrigens Gelegenheit, die vorläufigen Empfehlungen der Kommission zu bewerten, zu kommentieren und Verbesserungsvorschläge oder Änderungswünsche einzureichen. (Asia Pacific 06.06.23, <https://electoralreview.govt.nz/>)

Ardern erhält höchste staatliche Auszeichnung

Die ehemalige neuseeländische Regierungschefin Jacinda Ardern (Labour Party), die am 7. Februar 2023 freiwillig von ihrem Amt zurückgetreten war, wurde Anfang Juni mit einer der höchsten Auszeichnungen des Landes geehrt.

Premierminister Chris Hipkins gab die Ernennung zur „Dame“ am Montag, 5. Juni, anlässlich des Feiertags „King's Birthday“ bekannt. Ardern gehört zu den 182 Empfänger*innen, die für ihre Verdienste um das Land mit verschiedenen Ehrungen ausgezeichnet wurden.

„Dame Jacinda Ardern, die von 2017 bis 2023 als Premierministerin diente, wird für ihren Dienst an Neuseeland während einiger der größten Herausforderungen, denen sich unser Land in der Neuzeit gegenüber sah, geehrt“, sagte Hipkins in einer Erklärung. Er ist Amtsnachfolger von Ardern im Amt des Premierministers.

Info: Jacinda Ardern erhielt den Titel „Dame Grand Companion of the New Zealand Order of Merit“. Der 1996 eingeführte Verdienstorden wird an Personen verliehen, die sich besonders um die britische Krone und die neuseeländische Nation verdient gemacht haben.

Im April gab Ardern bekannt, dass sie im Herbst mit Hilfe zweier staat-

licher Stipendien an die Harvard University gehen wird, um dort an der Schule für öffentliche Politik und Regierung weiter zu studieren. Sie werde ein Semester lang weg sein und die Parlamentswahlen in Neuseeland verpassen, aber nach Abschluss ihres Studiums zurückkehren, erklärte sie. (CNN 05.06.23, Wikipedia)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Frauenquote auf Wahllisten ist Pflicht

Indonesien: Indonesien nähert sich dem Super-Wahljahr 2024. Die politischen Parteien beginnen bereits jetzt mit dem Wahlkampf und werben um Stimmen. Eine der Voraussetzungen für die Registrierung von wahlberechtigten Parteien ist die Erfüllung der 30-prozentigen Frauenquote, die im Wahlgesetz und in den technischen Vorschriften der Allgemeinen Wahlkommission (KPU) festgelegt ist. Demnach müssen 30 Prozent auf den Wahllisten der Parteien Frauen sein. Dies weckt auch Hoffnungen der Frauen in Westpapua, aktiv etwas an ihrer Situation ändern zu können.

Die Beauftragte der KPU Papua, Sandra Mambrasar, sagte, eine solche Regelung biete Frauen die Möglichkeit, in den Parlamenten politisch aktiv werden zu können – sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene. „Frauen als Gesetzgeberinnen können viele Anliegen einbringen, von Frauengesundheit und Fortpflanzung über Gewalt gegen Frauen bis hin zu wirtschaftlicher Selbstbestimmung. Jetzt liegt es an den Frauen, ob sie sich direkt engagieren wollen oder nicht. Es ist eine Frage der Bereitschaft und des Vertrauens“, sagte Mambrasar in einer Fernseh-Talkshow mit dem Titel „Messung der politischen Partizipation von Papua-Frauen nach der Provinzweiterung und im Vorfeld der Wahlen 2024“ im Jubi TV-Studio in Warena (Jayapura City) Anfang März

des Jahres. *„Bislang sind die Beteiligung und das Interesse von Frauen an der Politik, insbesondere von indigenen Papua-Frauen, noch sehr gering“*, bedauerte Mambra-sar.

Ester Haluk, die Vertreterin der papuanischen Nichtregierungsorganisation *„West Papua Women's Forum“*, sagte ebenfalls, dass die Frauenquote angenommen werden sollte. *„Denn es gibt viele Dinge, die für Frauen getan werden können, wenn es eine weibliche Vertretung im Parlament gibt“*, erklärte sie. Die Vertretung von Frauen in der Politik würde angesichts der Probleme Westpapas, wie der Vertreibungswelle, Diskriminierung, häuslicher Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, militärischer Gewalt und vielen anderen, einen großen Unterschied machen.

„Die Krise der Menschlichkeit, die in Papua herrscht, die Gewalt, die zu einer großen Zahl von Vertreibungsebenen führt, hat Frauen und Kinder zu den verletzlichsten Opfern gemacht. Wir hoffen, dass Frauenvertreterinnen viel dazu sagen können und dass die derzeitige Frauenquote in der Politik genutzt werden kann, um sich zu engagieren und Dinge zu sagen, die für Frauen wichtig sind“, sagte sie. (West Papua Action Aotearoa 13.03.23, Westpapua-Netzwerk online 18.03.23)

Victor Yeimo zu Haftstrafe verurteilt

Westpapua: Knapp zwei Jahre nach seiner Verhaftung wurde der Menschenrechtsaktivist Victor Yeimo wegen seiner Beteiligung an den Anti-Rassismus-Protesten in Westpapua im August 2019 am 5. Mai 2023 zu acht Monaten Haft verurteilt. Yeimo ist der internationale Sprecher der KNPB (*Nationales Komitee Westpapas*).

Nach mehr als drei Monaten Isolationshaft im Mako-Brimob-Gefängnis von Jayapura wurde am 24. August 2021 vor dem Bezirksgericht Jayapura der Prozess gegen Victor Yeimo eröffnet. Seitdem wurde der Prozess mehrfach ausgesetzt, da Yeimo unter schweren Gesundheitsproblemen litt und zwi-

schenszeitlich im Krankenhaus behandelt werden musste. Yeimos Anwälte kritisierten während der Verhandlung unter anderem die mangelhaften personellen Zuständigkeiten während seiner Verhaftung, das Fehlen eines Haftbefehls, den mangelhaften gewährten Rechtsbeistand für Yeimo, die unklaren Vorwürfe gegen Yeimo und die Trennung seines Falls von dem anderer Angeklagter.

Viktor Yeimo wurde in seinem Fall mit zwei Anklagen konfrontiert. In der ersten Anklageschrift wurde er beschuldigt, Hochverrat begangen, andere dazu angestiftet und daran teilgenommen zu haben, wie in Artikel 106 in Verbindung mit Artikel 55 Absatz (1) des indonesischen Strafgesetzbuchs dargelegt. In der zweiten Anklageschrift wurde Yeimo der Verschwörung zum Hochverrat gemäß Artikel 110 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs beschuldigt.

Gegen Yeimo wurden zusätzlich zu den beiden vorangegangenen Anklagen zwei weitere Anklagepunkte erhoben. In der dritten Anklageschrift wurde ihm der Straftatbestand der Anstiftung, des Befehls oder der Beteiligung am Hochverrat durch die Gewährung von Unterstützung oder Gelegenheiten gemäß Artikel 110 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs vorgeworfen. In der vierten Anklageschrift wurde Yeimo vorgeworfen, andere mündlich oder schriftlich zur Begehung einer Straftat, zur Gewaltanwendung gegen Amtsträger oder zur Missachtung von Gesetzen oder behördlichen Anordnungen angestiftet zu haben, was gegen Artikel 160 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit Artikel 55 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs verstößt.

Viktor Yeimo wies während des Prozesses wiederholt all diese Anschuldigungen zurück und sagte, er sei nicht an der Planung der Anti-Rassismus-Demonstration im Jahr 2019 beteiligt gewesen und habe nur an der Aktion teilgenommen, weil er sich von der rassistischen Behandlung der Papuas erschüttert fühlte.

Am 27. April 2023 befand die Staatsanwaltschaft Viktor Yeimo der im ersten Anklagepunkt von Artikel 106 in Verbindung mit Artikel 55 Absatz (1) des Strafgesetzbuchs

angeschuldigt. Der Staatsanwalt beantragte eine Freiheitsstrafe von drei Jahren für Viktor Yeimo. In dem am 5. Mai 2023 verlesenen Urteil erklärten die Richter, dass die erste, zweite, dritte und vierte Anklage gegen Viktor Yeimo nicht bewiesen werden konnten. Sie befanden Yeimo jedoch des Verstoßes gegen Artikel 155 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs für schuldig und verurteilten ihn zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten.

Die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisierte die Entscheidung des Gerichts, Yeimo wegen Art. 155 des Strafgesetzbuchs zu verurteilen. *„Im Jahr 2007 hatte das Verfassungsgericht den Artikel 155 des Strafgesetzbuchs aufgehoben, und heute wird derselbe Artikel gegen friedliche Aktivisten wie Viktor Yeimo angewendet. Bewegt sich die Strafverfolgung rückwärts?“*, so der Exekutivdirektor von Amnesty International Indonesien, Usman Hamid.

„Die Tatsache, dass er (Yeimo) und viele Papuas festgenommen und inhaftiert wurden, weil sie friedlich ihre politische Meinung geäußert haben, zeigt, dass der Staat den Schutz der Menschenrechte vernachlässigt“, so Hamid.

„Was mit Yeimo und anderen Papua-Aktivisten, die sich zu Wort gemeldet haben, geschieht, ist eine Form von Willkür, Irreführung und Diskriminierung“, fügte Usman hinzu. *„Es wird auch eine Botschaft an andere Aktivisten und Demonstranten senden, dass Dissens und friedliche Meinungsäußerungen nicht willkommen sind.“*

Nach der Verlesung des Urteils ordnete das Richtergremium unter der Leitung des Vorsitzenden Richters Mathius, dem die Richter Andi Asmuruf und Linn Carol Hamadi angehören, an, dass Viktor Yeimo in Haft bleiben soll. Eine der Anwältinnen aus dem Anwaltsteam von Victor Yeimo, Anum Siregar, erklärte jedoch, dass diese Anordnung null und nichtig sei. *„Die Inhaftierung basierte auf dem Urteil, mit dem Viktor Yeimo für schuldig befunden wurde. Allerdings wurde er auf der Grundlage eines Artikels*

verurteilt, der vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt worden ist. Daher argumentieren wir, dass die Inhaftierung von Viktor Yeimo, die nach der Verlesung des Urteils begann, nicht rechtmäßig ist“, sagte sie.

Sie forderte die Richter des Bezirksgerichts Jayapura auf, sich an die Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 17. Juli 2007 zu halten, mit der Artikel 155 des Strafgesetzbuchs für ungültig erklärt wurde. Sie betonte, dass Artikel 155 nicht mehr in Anklageschriften, Strafverfolgungen oder Gerichtsentscheidungen enthalten sein sollte. Siregar wies darauf hin, dass in der Entscheidung des Verfassungsgerichts ausdrücklich festgestellt wurde, dass die Artikel 154 und 155 des Strafgesetzbuches wegen ihrer übermäßigen Einschränkung der Meinungsfreiheit aufgehoben wurden, was im Widerspruch zu Artikel 28 und 28E Absatz (2) und Absatz (3) der Verfassung von 1945 stehe. Diese Artikel wurden aufgehoben, weil sie zu oft dazu benutzt worden seien, die Äußerung der eigenen Meinung zu kriminalisieren.

Siregar erklärte zudem, dass die Entscheidung des Richtergremiums über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus ginge. In Yeimos Fall hätten die Richter ihn auf der Grundlage eines Artikels verurteilt, der nicht in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft enthalten war und seit 2007 vom Verfassungsgericht aufgehoben wurde.

(www.amnesty.org,
<https://www.amnesty.id/free-victor-yeimo-and-other-imprisoned-papuan-activists-unconditionally/>, Human Rights News
05.05.23, Westpapua-Netzwerk online
10.05.23)

Einschränkung der Meinungsfreiheit

Westpapua: Die indonesische Stiftung „Pusaka Bentala Rakyat“ (Pusaka) aus South Jakarta hat einen Bericht mit dem Titel „Sie bringen uns zum Schweigen“ (They imprisoned our voices and thoughts) veröffentlicht, in dem 26 Fälle von mutmaßlichen Verstößen gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung in Westpapua im Jahr 2022 aufgezeigt werden.

Der Direktor von Pusaka, Franky Samperante, berichtete, dass die Rechtsverletzungen bei Protesten gegen die Sonderautonomie und anderen Demonstrationen in ganz Westpapua stattfanden und vom indonesischen Militär und/oder der Polizei ausgeübt wurden.

Dem Bericht zufolge gab es bei diesen Übergriffen drei Tote und 72 Verletzte. 361 Menschen wurden willkürlich verhaftet. Gegen 26 der Verhafteten läuft derzeit ein Gerichtsverfahren, 18 von ihnen werden des Hochverrats angeklagt und müssen mit lebenslanger Haft rechnen.

Samperante kritisierte die Regierung unter Präsident Joko Widodo und betonte, dass die schwerwiegendsten und wiederholten Verstöße gegen die Meinungsfreiheit in seine Amtszeit fielen. Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Westpapua verstoßen zudem gegen nationales indonesisches Recht.

Pusaka forderte die indonesische Regierung und die staatlichen Sicherheitskräfte auf, das Recht auf Versammlungsfreiheit und Meinungsäußerung zu respektieren und zu schützen, einschließlich derer, die ihr Recht auf Selbstbestimmung, bürgerliche und politische Rechte, sozioökonomische und kulturelle Rechte einfordern und gegen die Politik der Zentralregierung friedlich demonstrieren.

Die Stiftung forderte die Regierung außerdem auf, ihr Sicherheitskonzept für den Umgang mit und die Kontrolle von Protesten in Papua zu überprüfen. Samperante sagte, dass der Sicherheitsansatz und die Militäroperationen, die derzeit zur Bewältigung der bewaffneten Konflikte in Westpapua eingesetzt würden, zum Verlust von Menschenleben, Einschränkungen beim Recht auf Sicherheit und Einschränkungen beim Recht auf wirtschaftlichen Wohlstand geführt hätten. „Die Regierung trägt die Verantwortung für die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte in Westpapua“, fügte er hinzu.

Info: Der Bericht „Monitoring report on the enjoyment of the right to peacefully assemble and express

opinion in public in Papua in 2022“ ist auf der Homepage von PUSAKA zum download eingestellt.

(<https://pusaka.or.id/en/they-imprisoned-our-voices-and-thoughts/>, Westpapua-Netzwerk online 10.05.23)

Zahl der Sicherheitskräfte 2022

Westpapua: Die „Democracy Alliance for Papua“ (AIDP) zählte für das Jahr 2022 eine Summe von mindestens 9.205 Angehörigen des indonesischen Militärs (TNI) und der Polizei, die nach Westpapua entsendet wurden. Die AIDP geht davon aus, dass die Stationierung der Sicherheitskräfte besonders die Durchführung der Aufteilung in neue Provinzen absichern sollte.

AIDP schätzt, dass die Zahl der im Jahr 2022 nach Papua geschickten TNI-Mitarbeiter 7.850 Personen erreicht hat. Hinzu kommen 455 Angehörige der Mobilien Brigade (Brimob), die nach Papua entsendet wurden, und mindestens neun weitere Brimob-Trupps. Die AIDP schätzt ihre Gesamtzahl auf mindestens 1.355 Personen.

Es sei jedoch schwierig festzustellen, wie viele Sicherheitskräfte tatsächlich nach Westpapua entsendet wurden, da weder die TNI noch die Polizei die Zahl klar bekannt gegeben hätten, so die AIDP. Das Sicherheitskonzept, das die indonesische Regierung in Westpapua verfolge, sei immer durch die Entsendung massiver Truppen zur Durchführung einer Reihe von Militäroperationen gekennzeichnet. So gab die AIDP an, dass selbst bei Namensänderungen der Militäroperationen die Arbeitsweise immer unverändert bliebe. Anfang 2022 wurde z.B. der Name der Task Force von *Nemangkawi* in *Cartenz Peace* geändert. Eine friedliche Rolle der Sicherheitskräfte in Westpapua hatte diese Namensänderung jedoch nicht zur Folge, so die Nichtregierungsorganisation. (<https://www.aldp-papua.com/>, Westpapua-Netzwerk online 18.04.23)

AUSTRALIEN

Engere Zusammenarbeit mit Tansania

Tansania und Australien haben Anfang Juni beschlossen, ihre Handels- und Investitionsbeziehungen zu stärken. Scott Morriss, der australische Handelsbeauftragte für Afrika, hatte Ende Mai Tansania besucht, um die Handelsbeziehungen zu fördern und das Engagement Australiens in der Bergbau- und Energiewirtschaft von Tansania zu stärken.

Morriss lobte das gute Geschäftsklima in Tansania und unterstrich die Zuversicht der australischen Unternehmen, verstärkt in die tansanische Bergbauindustrie zu investieren.

Der tansanische Minister für Bergbau, Dr. Doto Biteko, sagte, dass mehr ausländische Investoren, darunter auch australische Unternehmen, in die florierende Bergbauindustrie investieren sollten.

Morriss zeigte sich erfreut über die Förderung wichtiger Bergbauprojekte in Tansania durch australische Unternehmen. Für den Abbau von Graphit und Seltene Erden hat die tansanische Regierung im April mit den drei australischen Unternehmen *Evolution Energy Minerals*, *EcoGraf Ltd.* und *Peak Rare Earths* Verträge im Wert von 667 Millionen Dollar geschlossen.

Laut Morriss gibt es derzeit 16 australische Unternehmen, die in Tansania in den Bereichen Bergbau, Maschinen, Technologie und Dienstleistungen tätig sind.

„Australien arbeitet eng mit Tansania zusammen. Ziel ist es, dass der tansanische Bergbausektor bis 2025 mindestens 10 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes beiträgt, statt wie bisher nur 9,7 Prozent“, erklärte Morriss.

Morriss hatte sich bei seiner Tansania-Reise mit Vertretern der Weltbank, der *International Finance Corporation* (IFC) und des *Tanzania Investment Centre* (TIC) getroffen, sowie auch Gespräche

mit lokalen Landeignern in Bergbaugebieten geführt. (*Business Insider Africa* 06.06.23)

Neues Sicherheitsabkommen mit Vanuatu

Der melanesische Inselstaat Vanuatu will seinem Parlament noch vor Ende 2023 ein Sicherheitsabkommen mit Australien vorlegen, nachdem das benachbarte Papua-Neuguinea aus Sorge um politischen Druck durch China die Unterzeichnung eines solchen Abkommens mit Australien verzögert hat.

Während eines Besuchs des australischen Verteidigungsminister Richard Marles Anfang Juni in Port Vila sagte Vanuatus Premierminister Ishmael Kalsakau, dass ein am 13. Dezember 2022 mit Australien unterzeichnetes Sicherheitsabkommen noch geprüft werde. Der Nationale Sicherheitsrat von Vanuatu sei dabei, „den Text durchzugehen“, und er werde als nächstes vom Ministerrat seiner Regierung geprüft, erklärte Kalsakau. „Das Abkommen wird dem Parlament noch vor Ende des Jahres zur Ratifizierung vorgelegt werden“, sagte er.

Es wird erwartet, dass das Sicherheitsabkommen (*Australia Vanuatu Bilateral Security Agreement*) die australisch-vanuatuische Zusammenarbeit in den Bereichen Militär, Polizei und Cybersicherheit umfasst.

Minister Marles erklärte, dass Australien mit den Fortschritten beim Sicherheitsabkommen mit Vanuatu zufrieden sei und dass „die Sicherheit des Pazifiks von der pazifischen Familie selbst ausgehen muss“.

Einige Parlamentarier aus Vanuatu, die engere Beziehungen zu China befürworten, äußerten sich besorgt über das Abkommen mit Australien. (*Reuters* 06.06.23,

<https://www.dfat.gov.au/publications/development/australia-vanuatu-bilateral-security-agreement>, <https://www.foreignminister.gov.au/minister/penny-wong/media-release/vanuatu-and-australia-sign-bilateral-security-agreement>, *ABC* 06.06.23)

Neues Migrationsabkommen mit Indien

Indien und Australien haben ein Migrationsabkommen vorgestellt. Die Verhandlungen darüber liefen bereits seit einigen Jahren.

Die Vorstellung des neuen Migrationsabkommens erfolgte nach einem Treffen des indischen Premierministers Narendra Modi mit seinem Amtskollegen Anthony Albanese am 23. Mai in Sydney. Modi war im Rahmen seiner Pazifikreise auch nach Sydney gekommen. Es handelte sich um seinen ersten Besuch in Australien seit 2014. Der indische Premier hatte am G7-Gipfel in Japan teilgenommen und war dann weiter nach Papua-Neuguinea gereist.

Ziel des neuen Abkommens sei es, die Mobilität von Studierenden Hochschulabsolventen, Wissenschaftler*innen und Geschäftsleuten in beide Richtungen zu fördern, erklärten die beiden Premierminister.

Laut einer Erklärung soll das Migrationsabkommen auch zur Schaffung des Programmes *MATES (Mobility Arrangement for Talented Early Professionals Scheme)* führen, das „speziell für Indien geschaffen“ wurde.

Die beiden Amtskollegen erörterten bei ihrem Treffen auch die regionale Sicherheit Australiens angesichts der zunehmenden geo-politischen Spannungen in der Region. Außerdem sprachen sie über eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und diskutierten Fortschritte bei der Einrichtung einer australisch-indischen Taskforce für „grünen“ Wasserstoff.

Info: In Australien leben 710.380 gebürtige Inder*innen. Tausende von Menschen aus der indischen Diaspora des Landes waren anlässlich von Modis Staatsbesuch in eines der größten überdachten Stadien Sydneys, die Qudos Bank Arena, gekommen, wo der indische Premier auf einer Kundgebung gesprochen hatte. Er bezeichnete die indische Gemeinschaft in Australien als „lebendige Brücke“ zwischen den beiden Ländern.

Der australische Premierminister Albanese war sichtlich erstaunt über die Begeisterung der indischen Community über Modis Besuch. Er sagte: „Das letzte Mal, dass ich jemanden auf dieser Bühne gesehen habe, war das Bruce Springsteen. Selbst er hat nicht den Empfang bekommen, den Premierminister Modi hier bekommen hat.“

Indien und Australien sind Teil der vierköpfigen Quad-Gruppe, zu der auch Japan und die USA gehören. (BBC News 24.05.23, <https://edition.cnn.com/2023/05/24/india/india-narendra-modi-australia-visit-intl-hnk/index.html>)

Verschärfte Vorschriften für E-Zigaretten

Das australische Gesundheitsministerium hat kürzlich eine weitere Verschärfung der Vorschriften für E-Zigaretten angekündigt. 2021 wurde das Gesetz über den Verkauf von E-Zigaretten erlassen. Darin werden alle nikotinhaltigen E-Zigaretten als verschreibungspflichtige Arzneimittel ausgewiesen. Seit 2021 dürfen nur noch zugelassene Ärzte E-Zigaretten verschreiben, die von Apothekern abgegeben werden.

Gleichwohl durften Ärzte bisher auch E-Zigaretten verschreiben, die die Patienten selbst für den persönlichen Gebrauch einführen, also sich z.B. von Freunden aus dem Ausland schicken lassen. Das soll sich mit der Verschärfung der Regeln ändern, genauso wie die derzeitige Handhabung, dass nikotin-freie Zigaretten als „tabakähnliche Konsumgüter“ nach wie vor verkauft werden durften.

Viele Einzelhändler hatten trotz der Gesetzeslage weiterhin nikotinhaltige E-Zigaretten „unter dem Ladentisch“ verkauft. Nur sehr wenige Erwachsene nutzten den Weg über die ärztliche Verschreibung. Der Konsum von E-Zigaretten bei Jugendlichen stieg nach Beobachtung der Gesundheitsbehörden ebenfalls stark an.

Die vorgeschlagenen verschärften Maßnahmen zielen jetzt darauf ab, Schlupflöcher zu schließen, die den

illegalen Verkauf von E-Zigaretten erleichterten. Demnach dürfen ab sofort nur noch Apotheken E-Zigaretten importieren und auf Rezept verkaufen. Die bei Jugendlichen beliebten Einweg-E-Zigaretten und E-Zigaretten mit Geschmack sollen gänzlich verboten werden.

(<https://www.bmj.com/content/381/bmj.p1216.full> 06.06.23)

SPORT

Baumaßnahmen für Pazifik-Spiele im Zeitplan

Salomonen: Offizielle Stellen haben Mitte Mai versichert, dass alle Veranstaltungsorte und Bauarbeiten für die am 19. November 2023 beginnenden Pazifik-Spiele auf den Salomonen (Sol2023) bis Ende August abgeschlossen sein werden.

„Grundsätzlich werden alle Spieleeinrichtungen rechtzeitig für die Spiele fertig sein“, bestätigte der Vorsitzende des Sol2023 Games Facilities Committee, Joe Sika.

Eldon Tapa, Geschäftsführer der Projektmanagementeinheit, fügte hinzu, dass das King George Stadium bereits zu 70 bis 75 Prozent fertig sei. Die Bauarbeiten werden von der staatlichen China Civil Engineering Construction Corporation durchgeführt.

Die Fliesenarbeiten für das Schwimmbecken im Aquatic Centre haben ebenfalls bereits begonnen. Der DC Park, in dem Bogenschießen, Touch-Rugby, Segeln und Freiwasserschwimmen stattfinden sollen, ist bereits zu 90 Prozent fertiggestellt.

„Es gibt noch einige Kleinigkeiten wie die Umzäunung und einige kleinere Arbeiten im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Spiele“, so Tapa weiter.

Die Akademie des Fußballverbands der Salomonen ist bereits zu 70 Prozent fertiggestellt und soll für Fußball- und Beachvolleyball-Spiele genutzt werden.

Weitere Arbeiten an den Unterkünften für die Wettbewerbsteilnehmenden werden während der Schulzeit durchgeführt. „Wir haben bereits in den Schulferien etwa 70 Prozent der Renovierungsarbeiten an den Schulen abgeschlossen“, erklärte Tapa.

Die Unterbringungsmöglichkeiten für die Sportler*innen werden in der Saint Joseph Tenaru School, der Don Bosco School, der King George Sixth School, auf dem Campus der Solomon Islands University in Panatina und Kukum sowie in der Saint Nicholas School geschaffen. (Inside the Games 17.05.23)

Micronesian Games 2024

Marshall-Inseln: Die Micronesian Games finden nächstes Jahr vom 15. bis 24. Juni auf den Marshall-Inseln statt. Darauf einigten sich die zehn Vertreter*innen der beteiligten mikronesischen Staaten (Micronesia Games Association) bei einer Zoom-Konferenz am 2. Mai.

Der Vorsitzende des Organisationskomitees und Präsident des „Marshall Islands National Olympic Committee“, Tony Muller, bedankte sich bei den teilnehmenden Staaten für das Vertrauen, die Spiele erneut in Majuro ausrichten zu lassen.

Info: Die Micronesian Games finden zum zehnten Mal seit 1969 statt und sind eine sportliche Leistungsschau von Sportler*innen aus zehn mikronesischen Staaten. (Marshall Islands Journal 12.05.23)

Extremschwimmer trainiert auf Maui

Hawai'i: André Wiersig (Spitzname „The Man of the Ocean“) treibt die Vorbereitungen für sein „episches Schwimmen“ auf Maui (Hawai'i) weiter voran. Sein bislang größtes Projekt, die schwimmende Umrundung dieser Hawai'i-Insel, ist für den Sommer 2023 geplant. Los gehen mit dem „Epic Swim Maui – Breath of Awareness“ soll es im Juli. Wiersig wird bei einigen Etappen rund um die Insel Maui begleitet

von dem Deutschen Robby Seeger (53). Der alleinerziehende Vater und ehemalige Weltmeister im Surfen lebt seit 35 Jahren auf Maui und engagiert sich hier ebenso wie Wiersig als „Botschafter des Meeres“ für Umwelt- und Meeresschutz.

Seeger alleine traute sich eine Umschwimmung von Maui nicht zu und suchte nach einem Partner für das gefährvolle Vorhaben, denn vor Maui geht normalerweise niemand ins Wasser: zu gefährlich, zu starke Strömungen, extreme Winde, raue Küste mit schroffen Lavafelsen, die zum Teil hunderte Meter senkrecht ins Meer ragen. Große Haie haben hier ihre Reviere und patrouillieren vor den Küsten.

Für Wiersig gilt es, 250 Kilometer rund um die Insel zu schwimmen, acht bis zehn Stunden täglich. Dafür rechnet der Extremschwimmer mit einer Dauer von acht bis zwölf Tagen. Wie bei seinen anderen Touren wird Wiersig auch diesmal ein großes persönliches Risiko eingehen. Die Wellen um die Hawai'i-Inseln sind oft fünf bis sechs Meter hoch, Strömungen können einen Menschen in das offene Meer hinausziehen oder gegen die schroffen Klippen prallen lassen.

Auf Hawai'i hat sich das ehrgeizige Vorhaben der beiden Sportler bereits herumgesprochen. Involviert sind die dortige Universität und auch Prominente werden erwartet, darunter Hollywood-Schauspieler oder der auf der Insel geborene frühere US-Präsident Barack Obama. Einige der Gäste wollen einen Teil der Strecke mit Wiersig mitschwimmen, doch für den Großteil der Zeit wird er auch bei der Maui-Umrandung wieder mit dem Meer alleine sein.

Nach seiner Umschwimmung möchte der dreifache Familienvater Wiersig an die Öffentlichkeit gehen. Er plant Vorträge und vielleicht auch ein weiteres Buch. „Als Botschafter der Meere berichte ich von meinen Erfahrungen als Mensch im offenen Meer im direkten Umgang mit Vermüllung, Überfischung und globaler Erwärmung. [...] Wir müssen verstehen und begreifen, was wir den Meeren angetan haben und leider immer noch antun. Der Oze-

an leidet leise und unsichtbar“, so Wiersig (geb. 20. Mai 1972 in Bochum) auf seiner Webseite.

Info: André Wiersig ist offizieller Botschafter der *Deutschen Meeresstiftung* sowie ehrenamtlich tätiger Botschafter der *UN Ocean Decade*. (*National Geographic* 13.03.23, <https://www.andre-wiersig.com/>, <https://www.surf-magazin.de/windsurfen/people/portraits/robby-seeger/>)

Special Olympics Team aus Nauru in Berlin eingetroffen

Nauru: Anfang Juni ist das *Special Olympics Team* aus Nauru in Berlin eingetroffen, dem diesjährigen Austragungsort der olympischen Spiele für Menschen mit geistiger Behinderung. Das Team besteht aus den beiden Gewichtehebern Sisquo Cain und Zinzael Agir, sowie ihren Trainern Bosco Cain, Dr. David Bill und Ruswell Engar.

Die Spiele finden vom 17. bis 25. Juni statt, es werden Athlet*innen aus 170 Ländern erwartet.

(Artikel von Clara Groth, <https://www.loopnauru.com/nauru-news/special-olympic-team-nauru-departs-germany-120490>)

Rugby-Liga-Spieler wird Tourismusbotschafter

Papua-Neuguinea: Der aus Kundawa (Chimbu Provinz, Papua-Neuguinea) gebürtige Rugbyspieler Justin Olam ist zum neuen Markenbotschafter der *PNG Tourism Promotion Authority* (PNGTPA) für den Tourismus ernannt worden. Das gab der neuguineische Minister für Tourismus, Kunst und Kultur, Isi Henry Leonard, Mitte Mai bei der Vertragsunterzeichnung in Brisbane (Australien) bekannt.

Olam (Jahrgang 1993) ist der Starcenter in der australischen *National Rugby League* und spielt für die Mannschaft „Melbourne Storms“. Auf internationaler Wettkampfebene vertritt er außerdem Papua-Neuguinea. Er gilt als einer der besten Center der Welt.

„Rugby League ist der Nationalsport bei uns und ich freue mich,

dass wir diese Ikone des Rugbys als Markenbotschafter für den Tourismus gewinnen konnten“, sagte Kultusminister Leonard.

„Papua-Neuguinea ist meine Heimat und ich möchte dazu beitragen, Initiativen zu unterstützen, die es dem Rest der Welt ermöglichen, zu sehen, wie schön unser Land PNG ist“, erklärte Olam sein Engagement als Tourismus-Botschafter.

Olam will nun eine achtwöchige Spielpause einlegen und auf Einladung der PNGTPA zu sehenswerten Orten in PNG reisen, um dort Videos und Audios zu drehen. Olam hat eine große Fangemeinde in den sozialen Medien und die Tourismusbehörde verspricht sich vom neuen Werbebotschafter Multiplikatoreffekte auf dem internationalen Reisemarkt.

(*PNG Business News* 18.05.23, <https://www.melbournestorm.com.au/teams/nrl-premiership/melbourne-storm/justin-olam/>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Ausstellung mit Kunst aus PNG in Cairns eröffnet

Papua-Neuguinea: Der neuguineische Minister für Tourismus, Kunst und Kultur, Isi Henry Leonard, hat eine internationale Ausstellung zeitgenössischer Kunst aus Papua-Neuguinea am 25. Mai 2023 in der Tanks Arts Gallery in Cairns (Australien) offiziell eröffnet. Ausgerichtet wurde die Ausstellung mit Werken von Künstler*innen aus PNG von der staatlichen *National Cultural Commission* (NCC).

Zur Vernissage am 26. Mai waren auch die Vorsitzende der NCC, Paradise Palette, sowie der australische Hochkommissar für Papua-Neuguinea gekommen. Die Ausstellung läuft noch bis zum 18. Juni in der Kunstgalerie.

Kuratiert wurde die Ausstellung „PNG Contemporary Art“ von Don Wotton. (*PNG Today* 30.05.23, <https://www.tanksartscentre.com/visual-arts-exhibitions-and-residencies/calendar/2023/paradise-palette-png-contemporary-art>)

Influencer macht auf Atombombentests auf Bikini aufmerksam

Marshall-Inseln: Der in Los Angeles lebende polnische YouTuber, Influencer und Instagram-Star Agon Hare hat über seine Social Media Accounts am 18. Mai ein achtminütiges Erklärvideo über die US-amerikanischen Atombombentests auf dem Bikini-Atoll verbreitet. Der Film mit dem Titel „*America's most shameless experiment*“ erreichte binnen kurzer Zeit über eine Million Aufrufe auf Facebook.

In dem Kurzfilm prangert der 34-jährige Influencer die USA direkt an und sagt: „*The poor residents never had the chance to go back to their home island.*“

Das Video ist auch in der Online-Community der Marshalliesen sehr gut angenommen worden. Nutzer*innen posteten Kommentare zu dem Erklärfilm und wiesen auf die nukleare Vergangenheit ihrer Inseln und deren Auswirkungen heute hin.

Info: Hare ist Gründungsmitglied der Gruppe „Nightfall Project“. Diese Gruppe geht in kurzen Erklärvideos der Frage nach, wie sich das Leben innerhalb eines Tages ändern kann („*What if you could change somebody's life over one nightfall?*“). Er hat mehr als 17 Millionen Follower in den Social-Media-Kanälen, wo er seit 2016 postet. (Facebook-Seite *Project Nightfall, Marshall Islands Journal* 26.05.23, <https://youthmotivator4life.com/agon-hare-biography/>)

Erster LGBTQ+-Schönheitswettbewerb

Arkansas (USA): Erstmals hat für die Mitglieder der Marshall Islands Community von Fayetteville im Bundesstaat Arkansas (USA) ein Schönheitswettbewerb für LGBTQ+ Menschen stattgefunden. Der Wettbewerb „Miss lakwe“, bei dem sich früher nur Frauen beteiligen durften, wurde im Gemeindehaus der *Good Shepherd Lutheran Church* im Ort Fayetteville durchgeführt. Da das Event schnell ausverkauft war, hatten sich die Ausrich-

tenden des Wettbewerbes, Neil River und Lijanjan Likatu, für eine Online-Live-Übertragung im Internet entschieden, zu der sich sehr viele Marshall*innen auf den Inseln zuschalteten und eifrig in der Kommentarfunktion von YouTube ihre Eindrücke von den Wettbewerbsteilnehmenden posteten. Insgesamt klickten 1.800 Online-Teilnehmende auf den Live-Stream bei YouTube.

Acht Mitglieder aus der LGBTQ+ Szene der in Arkansas lebenden Marshall*innen hatten sich für den Wettbewerb angemeldet. Sie traten in verschiedenen Kategorien auf die Bühne und zeigten dort nicht nur Mode, sondern tanzten und sangen. Den Sieg errang Paul Elanzo, gebürtig vom Atoll Utrok, der unter dem Künstlernamen „Miss Venus“ die Jury und die Gäste überzeugen konnte. (*Marshall Islands Journal* 12.05.23)

Bettwanzen legen Flughafenterminal lahm

Hawai'i: Vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2023 mussten mehrere Gates im Terminal 2 des größten Flughafens von Hawai'i, dem *Honolulu Airport*, geschlossen werden. Eine Abfertigung der Passagiere war aufgrund eines Befalls von Bettwanzen in diesem Terminal nicht mehr möglich.

Die Schließung des Terminals erfolgte nach einer Anordnung des US-amerikanischen Verkehrsministeriums. Mitarbeiter*innen des Flughafens benötigten einige Tage für die komplette Reinigung der befallenen Bereiche. Die Reinigungsarbeiten sollen noch weitere drei Wochen durchgeführt werden, obwohl der Flughafenbetrieb inzwischen wieder aufgenommen werden konnte. Trotz der Schließung der Gates seien keine Flüge ausgefallen oder hätten sich groß verspätet, und so soll es auch während der kommenden geplanten Schließungen wegen der Reinigungsarbeiten bleiben.

Info: Bettwanzen sind nachtaktiv und leben wie Zecken von menschlichem Blut. Sie schnappen auf der Suche nach Blutgefäßen oft mehrfach in einem kleinen Hautbereich zu. Dabei hinterlassen sie soge-

nannte „Wanzenstraßen“ aus roten und leicht angeschwollenen Flecken, Blasen oder Knötchen. Bettwanzen sind zwar eklig, aber nicht gefährlich. Sie können keine Krankheiten übertragen. (*ReiseReporter* 02.06.23)

Verhältnis von Schafen zu Menschen sehr niedrig

Neuseeland: Die neuesten Daten des neuseeländischen Statistikamtes (*Stats NZ*) zeigen, dass der nationale Schafbestand in Neuseeland am 30. Juni 2022 bei 25,3 Millionen Schafen lag. Das sind zwei Prozent weniger als im Vorjahr.

Seit 2002 ist der nationale Schafbestand in Neuseeland um 14,2 Millionen Tiere (oder - 36 %) geschrumpft. Damit liegt das Verhältnis von Schafen zu Menschen nach Angaben von *Stats NZ* zum ersten Mal seit Beginn der Aufzeichnungen in den 1850er Jahren unter 5:1. Zum Vergleich: In den 1980er Jahren erreichte das Verhältnis einen Höchststand von etwa 22:1.

Mehrere Faktoren haben zu diesem Rückgang beigetragen, wobei die Abschaffung der Agrarsubventionen in den 1980er Jahren der wichtigste war. In jüngster Zeit wurde der Schafbestand durch niedrigere Weltmarktpreise für Wolle, ungünstige Witterungsbedingungen und verstärkte Anpflanzung von Bäumen zum Zwecke des Kohlenstoffausgleichs unter Druck gesetzt.

Obwohl der Schafbestand zurückgegangen ist, ist die Menge des exportierten Schaffleischs relativ stabil geblieben. In den letzten zehn Jahren ist die nationale Schafherde beispielsweise um 19 Prozent geschrumpft, während die Exporte immer um die 400.000 Tonnen schwankten. (*AHDB* 02.06.23, *Stats Nz online*)

Bald E-Busse unterwegs?

Salomonen: Mit finanzieller Unterstützung des britischen Commonwealth arbeiten die Salomonen weiter an ihrem ehrgeizigen Klima-

ziel, bis zum Jahr 2050 emissionsfrei zu werden. Nun planen sie die Einführung der pazifikweit ersten Elektrobussen.

Der pazifische Inselstaat plant die Erprobung von zehn E-Bussen in der Hauptstadt Honiara mit dem Ziel, die Flotte in den nächsten fünf Jahren zu vergrößern. Das vorgeschlagene Pilotprojekt soll dazu beitragen, die Anwendbarkeit und das Potenzial zur Bereitstellung weiterer E-Fahrzeuge zu bewerten. Zur Unterstützung des vorgeschlagenen Projekts hat die Regierung der Salomonen zwei Mio. US-Dollar aus dem Globalen Umweltfonds im Rahmen der GEF 8 STAR-Zuweisung für die Umsetzung der Elektromobilität bewilligt.

Hintergrund: Der *Commonwealth Climate Finance Access Hub* (CCFAH) unterstützt die vorgeschlagene Initiative mit technischer Beratung im Rahmen seines umfassenderen Arbeitsprogramms zur Unterstützung von Kleinstaaten des Commonwealth und anderen gefährdeten Ländern beim Zugang zu internationaler Klimafinanzierung. (<https://thecommonwealth.org/news/solomon-islands-gears-e-bus-project-commonwealth-support>)

IM MEMORIAM

† Erzbischof Karl Hesse

Papua-Neuguinea: Am 14. Mai 2023 verstarb im Krankenhaus von Vunapope (Neubritannien) der deutsche Ordensgeistliche und römisch-katholische Erzbischof von Rabaul (Provinz Neubritannien), Karl Hesse, im Alter von 86 Jahren.

Hesse wurde am 15. August 1936 in Arnsberg-Voßwinkel im Sauerland geboren. 1948 wechselte er von der Grundschule in das Internat der Herz-Jesu-Missionare und in die Sexta der Kardinal-von-Galen Schule in Münster-Hiltrup. Dort machte er 1957 das Abitur. Im selben Jahr trat er in das Noviziat der Missionare vom Heiligsten Herzen Jesu (MSC) in Vussem in der Eifel ein. Am 13. Mai 1958 legte er dort die ersten Gelübde ab. Am 13.

Mai 1961 legte er die ewige Profess ab und wurde am 23. Mai 1963 durch den Apostolischen Vikar von Rabaul, Johannes Höhne MSC, in Oeventrop zum Priester der Herz-Jesu-Missionare geweiht. Von 1964 bis April 1966 wirkte Hesse als Erzieher und Lehrer an der Kardinal-von-Galen-Schule in Münster, bis er im Juni 1966 mit drei weiteren MSC-Missionaren über Australien nach Papua-Neuguinea reiste. Am 15. Januar 1967 übernahm er die Pfarrei Raunsepna und im Mai 1974 zusätzlich die Pfarrei Vunamarita im Küstengebiet der Baininger Berge auf der Insel Neubritannien. Am 27. Mai 1978 wurde Hesse von Papst Paul VI. zum Titularbischof von Naratcata und zum Weihbischof im Erzbistum Rabaul ernannt. Die Bischofsweihe spendete ihm am 15. August 1978 in Vunapope der Nuntius für Papua-Neuguinea.

Anfang November 1980 wurde er von Papst Johannes Paul II. zum Bischof des Bistums Kavieng, bestehend aus den Provinzen Neuland und Manus, ernannt, die er am 14. Januar 1981 übernahm. Am 7. Juli 1990 folgte die Ernennung zum Erzbischof von Rabaul; die Amtsübernahme fand am 16. September 1991 statt. Nachdem er zusätzlich schon seit November 1993 große Teile des Bistums Bougainville verwaltet hatte, wurde er 1995 offiziell zum Apostolischen Administrator des Bistums ernannt. Dieses Amt übte er bis zur Ernennung eines eigenen Bischofs für Bougainville, Henk Kronenberg SM, 1999 aus.

Hesse erhielt im Jahr 1988 aus Anlass seines Silbernen Priesterjubiläums und zehnten Jahrestages seiner Bischofsweihe das Bundesverdienstkreuz am Bande. Am 1. Januar 2002 wurde er von Königin Elisabeth II. zum *Member of the Order of the British Empire* (MBE) und im Januar 2009 für 40 Jahre besondere Dienste im Einsatz für Papua-Neuguinea von der Regierung Papua-Neuguineas zum *Chief Grand Commander des Order of Logohu* ernannt. Damit erhielt er die höchste Auszeichnung, die Papua-Neuguinea vergeben kann.

Im Jahr 2002 wählte die Vollversammlung der Katholischen Bi-

schofskonferenzen von Ozeanien Bischof Karl Hesse für drei Jahre zu ihrem Präsidenten.

Hesses Amtssitz war Vunapope, wo er am 29. September 2008 eine neue Kathedrale einweihte, in der bis zu 1.400 Gläubige auf 2.000 m² Grundfläche Platz finden. Am 11. August 2011 nahm Papst Benedikt XVI. das aus Altersgründen vorgebrachte Rücktrittsgesuch Hesses vom Amt des Erzbischofs von Rabaul an. Ihm folgte Francesco Panfilo nach.

Hesse hatte sich schon zu Lebzeiten entschieden, in Papua-Neuguinea sterben zu wollen, nachdem er nahezu sein ganzes Priesterleben dort verbracht hatte.

(<https://www.erzbistum-paderborn.de/news/erzbischof-karl-hesse-msc-feiert-85-geburtstag/>, <https://www.derdorn.de/2023/05/23/erzbistum-trauert-um-erzbischof-em-karl-hesse-msc/>, Wikipedia)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de